

**ARMIN KÖNIG**

# **BAYERNBEBEN**

Bierzelt-Krawallos in Not

Eine Abrechnung mit Seehofer, Söder und Co.

**Armin König**

**BAYERNBEBEN**

**Bierzelt-Krawallos in Not**

**Eine Abrechnung mit  
Seehofer, Söder und Co.**

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

# edition kerpen

Texte: © Copyright 2018 by Armin König  
Umschlaggestaltung: © Copyright by Armin König

1. Auflage 2018

ISBN 978-3-928817-46-2

Armin König Bayernbeben

<http://vg02.met.vgwort.de/na/f962f9f79e894b6ebe4e55df24dd7676?l=https://www.arminkoenig.de/blog/wp-content/uploads/2018/11/Homepage-edition-kerpen-Bayernbeben-Tabu-Kopie-2-2.pdf>>Bayernbeben</a>



## Inhalt

Was Sie in diesem Buch finden können .....	7
Bayern-Beben mit bundesweiten Schockwellen ..	15
Das Ende der Bierzelt-Krawallos .....	21
Die Wählerinnen haben die Schlammschlachten satt .....	26
Lunte an die Fundamente des Rechtsstaats gelegt	30
Die Grobianisierung der Politik.....	33
„Mein ist die Rache“: Privatkrieg führt GroKo ins Abseits .....	40
Bundeskanzlerin in Not, Seehofer politisch tot ....	44
Wie die AfD bewertet wird.....	49
Umweltfeindlich empathiefrei.....	51
Große Koalition leidet an Schwindsucht .....	56
Ein einziges Desaster .....	59
Teflon-Seehofer klebt am Amt .....	62
Der Natur zum Naturrecht verhelfen .....	66
Das Kreuz ist kein politisches Marketinginstrument .....	76
Säkularisierung.....	79

<b>Die Alten melden sich zu Wort .....</b>	<b>81</b>
<b>Wer gegen das Volk regiert, darf sich über Protestwahlen nicht beschweren .....</b>	<b>86</b>
<b>Kein Weiter so .....</b>	<b>90</b>
<b>Die Katastrophen-SPD .....</b>	<b>93</b>
<b>Der Autor .....</b>	<b>105</b>

## Was Sie in diesem Buch finden können

Dass die Landtagswahl in Bayern Konsequenzen haben würde, war allgemein erwartet worden. Zu dreist waren die Machtkämpfe und Attacken der schlagenden Verbindung Seehofer, Söder, Kreuzer, Dobrindt und Blume.

Doch dass die Große Koalition dermaßen abgestraft wurde, dass die SPD pulverisiert wurde und ein einstelliges Ergebnis einfuhr, das überraschte dann doch. Weniger überraschend kamen die schweren Verluste einer überheblichen CSU, die jeglichen Bezug zur politischen Realität im Land verloren hatte und mit Horst Seehofer einen irrational agierenden Chef hat, der nicht nur der Union schadete, sondern dem ganzen Land. Trotzdem wollen die Herren weitermachen wie bisher.

Angela Merkel ist geschwächt, die SPD ins Bodenlose gefallen, die CSU desillusioniert, die Schmutzpartei AfD mit ihren aggressiven Rechtsauslegern sitzt jetzt auch im bayerischen Landtag.



Nur die Grünen dürfen sich als Sieger fühlen.

Und die Wählerinnen und Wähler vielleicht. Denn die Wahlbeteiligung war gut. Aber die Massenzustimmung für die AfD zeugt von Ignoranz und Geschichtsvergessenheit.

Die Polit-Profis ziehen sich schon wieder mit Ablenkungs- und Täuschungsmanövern aus der Verantwortung. Man will Zeit gewinnen, um nicht zurücktreten zu müssen.

Die Chuzpe, mit der insbesondere Horst Seehofer und Markus Söder vor die Presse traten, ist bemerkenswert und verblüffend.

Das sorgt für weiteren Verdross und stärkt Flügelkräfte, insbesondere rechts außen.

Ich bin jetzt über 40 Jahre mittendrin in der Politik. Ich war Redakteur der Saarbrücker Zeitung, Pressesprecher einer Landtagsfraktion, Nachrichtenredakteur, Luxemburg-Korrespondent und politischer Redakteur des Saarländischen Rundfunks, habe als Freelancer für die Nachrichtenagenturen AP und Reuters gearbeitet, war Mitglied der Landespressekonferenz und bin seit 1996 direkt gewählter Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Illingen.

Mit meiner Meinung habe ich nie hinterm Berg gehalten, auch nicht gegenüber Ministerpräsidenten und Bundeskanzlern. Das hat ihnen nicht immer gefallen.

Das gilt für Helmut Kohl ebenso wie für Angela Merkel.

Den Aufstieg und zuweilen auch Absturz vieler Politiker habe ich intensiv verfolgt. Das begann mit Oskar Lafontaine, ging weiter über Reinhard Klimmt, Peter Müller, Heiko Maas, Peter Altmaier, Annegret Kramp-Karrenbauer und Angela Merkel.

Die Zeiten sind härter geworden, die Demokratie erscheint nicht mehr so gefestigt wie dies in all den Jahrzehnten zuvor der Fall war.

Das beunruhigt mich.

Deshalb habe ich mich entschieden, mich intensiver einzumischen.

Einmischen, aufmischen, mitmischen heißt die Devise. Wir brauchen wieder mehr Debatten.

Illingen im Oktober 2018

Dr. Armin König



*Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.*  
(Ingeborg Bachmann)



Für Luca



## **Bayern-Beben mit bundesweiten Schockwellen**

Ein Bayern-Beben mit großen Auswirkungen auf den Bundestrend und die Bundespolitik, das ist das Ergebnis der Landtagswahl 2018 in Bayern, und es vergrößert noch die Not von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Herrschenden der Großen Koalition im Bund, die seit Amtsbeginn glücklos agieren.

Die SPD stürzt ab in ungeahnte Tiefen, die CSU verliert deutlich, die Grünen sind Teil der „Neuen Mitte“ geworden und werden für eine wertegebundene Mittelschicht zur CSU-Alternative, die Freien Wähler etablieren sich als unabhängige Bewegung, der Aufstieg der braun-blauen AfD ist zwar gebremst, aber sie etabliert sich endgültig in den Parlamenten. Für die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel ist das Ergebnis der Wahl in Bayern ein ziemlich herber Schlag, da sie zu Recht mit verantwortlich gemacht wird für die „schlechte Performance“



der Landespolitiker. Landtagswahlen sind keine bundespolitischen Abstimmungen, aber Rückenwind kam von der Bundesregierung nicht, im Gegenteil. Die Fehler im Handwerklichen und insbesondere im Auftreten waren eklatant. Deshalb sind die Anmerkungen zur Bundespolitik richtig. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit, auch wenn Schuldzuweisungen aus Bayern Anderes suggerieren. „Jeder soll vor seiner Haustür kehren“, heißt es in einem bayerischen Bonmot.

Die „schlechte Performance“ (Andrea Nahles) haben sich die Landespolitiker von CSU und SPD vorwiegend selbst zuzuschreiben, weil sie zum Teil hanebüchene Strategiefehler begangen und die Menschen nicht mehr erreicht haben. Überheblichkeit bis zum Größenwahn, Ignoranz, Publikumsbeschimpfung und Missachtung von Kritik und Kritikern haben den Stil der CSU-Wahlkämpfer geprägt. Fataler noch war die völlig falsche Themenwahl, fataler auch der Stil der Auseinandersetzung, die teilweise auf niedrigstem Niveau stattfand. Seehofer, Söder und Co. waren nicht im Mindesten kritikfähig. Bis heute sind sie beratungsresistent. Offensichtlich fehlt es einigen der Protagonisten an emotionaler, situativer, sozialer und strategischer Intelligenz.

Die Taktik der CSU, mit rechten Themen der AfD das Wasser abzugraben, war falsch. In der Mitte gingen bisherige Wähler in erheblichem Umfang verloren an Grüne und Freie Wähler,

rechts wanderten sie in Scharen zu AfD. Dieses strategische Desaster hatten Horst Seehofer, Markus Söder, Alexander Dobrindt, Joachim Herrmann, Landtags-Fraktionschef Thomas Kreuzer und Generalsekretär Markus Blume zu verantworten.

„Das muss man ja erst einmal hinbekommen, von 47 Prozent zu kommen, eine Alleinregierung stellen zu können, die auch noch sehr erfolgreich arbeitet – und dann derart abzustürzen“, sagte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther der Welt noch am Wahlabend, womit er den Nagel auf den Kopf traf.

Die CSU-Herrenriege hat sich verkalkuliert. Sie hat die Zeichen der Zeit verkannt, die Signale aus dem Land falsch gedeutet und vor allem die längst stark differenzierte Milieu-Landschaft, die es auch in Bayern gibt, missachtet.

„Mia san mia“ ist keine Klammer mehr.

Wählerinnen und Wähler sind Individuen, die entsprechend behandelt werden wollen.

Seehofer, Söder und Co aber haben die Bürger und vor allem die Bürgerinnen behandelt wie Schäfchen einer großen Herde.

Wer Wähler so behandelt, als seien sie Schafe einer Herde, beleidigt sie und darf sich über die Rache des Volks nicht beklagen.

Nennen wir es „strategischen Engpass“. Es ist ein „interner Minimumfaktor“. Die Schwachstel-

len sind in der Organisation selbst zu suchen und in der Regel durch die Führungskräfte verursacht. Wer die „Organisation CSU“ als „critical friend“ zu bewerten hat, wird sehr schnell auf eklatante Management- und Führungsdefizite stoßen. Da die CSU selbst die offene und offensive Aufarbeitung scheut, sollen an dieser Stelle einige wenige externe Hinweise gegeben werden.

Auffällig ist die Dominanz des autoritären Führungsstils bei den Spitzenpolitikern, die einander gegenseitig bekämpfen. Klare Entscheidungen sind die Ausnahme. Stattdessen blockieren sich insbesondere die Alpha-Herren Horst Seehofer und Markus Söder gegenseitig. Der Führungsstil ist nicht sachorientiert, sondern macht- und personenzentriert. Das führt zu Frustrationen und Demotivation im Umfeld, die falsch adressierten politischen Kunden wenden sich ab. In der Organisation werden Probleme nicht offen benannt, strategische Fehlentscheidungen können nicht korrigiert werden, da die Hierarchieebene unter der Führungsebene den Widerspruch nicht wagt.

Politische Führung findet nicht auf Augenhöhe statt, formale Macht tritt in den Vordergrund, damit verengt sich das Handlungs- und Blickfeld auf die Sichtweisen der beiden Führungskräfte Seehofer und Söder, deren Kommunikationsverhalten extrem kritikwürdig ist. Mangelnde Bereitschaft, Fehler zu korrigieren und Konsequenzen zu ziehen, hat dazu geführt, dass sich die CSU

immer weiter von ihrer Klientel entfernt hat.

Der autoritäre Führungs- und Handlungsstil erleichtert die Durchsetzung von Anweisungen – und die Möglichkeit der Schuldzuweisung durch Mitarbeiter, Mitglieder und Kunden. Sie ist in diesem Fall sehr einfach und sollte von den Betroffenen mutig wahrgenommen werden.

Um es lebenspraktisch und politisch zu beschreiben:

Die Alphonse Seehofer und Söder sind eindeutig die Schuldigen des deutlichen Absackens der CSU. Als autoritäre Führungspersonen haben sie allein die Verantwortung für falsche Themenwahl, falsche Milieu-Einschätzung, Kommunikationsdefizite, Strategiedefizite und fehlendes Entwicklungspotenzial zu tragen.

Jeder Aufsichtsrat in profitorientierten Unternehmen wäre seiner Corporate Responsibility gehalten, die Führungskräfte unverzüglich abzulösen.

In Dax-Unternehmen – und die CSU versteht sich ja als „Blue Chip“ der Politik, wären Seehofer und Söder als Verantwortliche für schwere Verluste längst vom Aufsichtsrat gefeuert werden.

Man hätte auch längst im Sinne einer Corporate Responsibility eine neutrale Untersuchung durch Dritte eingeleitet, um mögliche Managementfehler zu sanktionieren – nicht in jedem Un-

ternehmen, aber mittlerweile in vielen.

Merkwürdigerweise verweigert sich Politik stets solchen objektiven Untersuchungen. Das gilt für die CSU, es gilt aber auch für CDU und SPD.

## Das Ende der Bierzelt-Krawallos

Die Welt ist kein Bierzelt.

Die Herrenriege der CSU-Führung ist aber offensichtlich immer noch dieser Meinung, obwohl sich die Welt verändert hat und das Oktoberfest nicht mehr das und die Maß aller Dinge ist. Oktoberfeste werden längst überall im Land gefeiert. Und Alkohol ist kein Doping mehr.

Es ist hilfreich, sich mit bayerischen Besonderheiten und Eigenheiten zu beschäftigen, die sich im Freistaat-Wesen des „Mia san mia“ ausdrücken. Was einst ein Identitätsvorsprung war, ist jetzt ein strategischer Nachteil. Dazu gehört die leicht größenwahngeneigte Vorstellung, am Oktoberfestwesen solle zumindest die Union, wenn nicht die ganze Republik genesen.

Und so entdeckt man sehr schnell hausgemachte Gründe für das CSU-Wahldesaster.

Man sieht Männer auf Macho-Tour ohne Sinn und Verstand und ohne Gefühl für das, was das Wahlvolk bewegt – und ohne Gespür dafür, dass das Wahlvolk auch in Bayern zu Hälfte aus Frauen besteht.

Viel zu spät hat die schlagende Verbindung der Alten Herren erkannt, dass das neue Bayern nicht mehr das alte Bayern des letzten Jahrhunderts ist und dass Migration auch in der Zuwanderung aus anderen Bundesländern besteht, wo die Uhren anders ticken. Die „Zugeroasteten“ aber haben oft kein Verständnis für die krachlederne Art der CSU-Politik, schon gar nicht für scheinheilige Kreuz-Erhöhungen, rücksichtslose Grabenkämpfe und „Haut-den-Lukas“-Rhetorik gegenüber Frauen.

„Die CSU hat ein Problem mit Frauen“, schrieb die ZEIT schon im Juli 2012. Das war damals schon richtig. Geändert hat sich seither nichts. Den Ton geben die Männer an, die besten Posten gehen wie selbstverständlich an die Herren der Schöpfung. Seehofer selbst hat bis heute ein tief sitzendes Problem mit „dieser Frau“, die das Land regiert. Sein Merkel-Trauma wurde in den Wochen vor der Wahl hinreichend beschrieben.

Seehofers Gruppenbild mit Führungsmännern aus dem Bundesinnenministerium hat nicht ohne Grund Schlagzeilen gemacht: Es war nicht eine Frau unter den Führungskräften. Das Bild wirkt wie aus der Zeit gefallen und steht für die alte CSU mit ihrer alten Garde und für ihre alten Rituale aus dem 20. Jahrhundert, als der Große Zampano noch als Herr im Haus herrschte.

Als „die Bayern-Partei“, zu der Franz-Josef

Strauß sie gemacht hatte, setzte die CSU auf Kraftmeierei, grobe Keile und Bierzelt-Großmäuligkeit. Man musste dies aushalten, und man konnte dies aushalten, da FJS immer auch ein großer politischer Entertainer war, der deftige bayerische Schimpftiraden mit scharfen politischen Analysen und intellektuell wirkenden Latein-Sentenzen („pacta sunt servanda“) verknüpfte. Das war hoch politisch, deftig, intelligent und gleichzeitig unterhaltsam. Strauß schwang den Säbel mit Begeisterung, aber er beherrschte auch das Florett. Er war ein Unikum, wengleich er mit seinen Affären und Skandalen heute ganz anders in die Mangel genommen würde als damals. Es gibt keinen Grund, ihn in den bavarischen Himmel zu heben. Heilig war ER nicht. Strauß hat bei der Spiegel-Affäre Recht und Verfassung gebrochen und käme heute nicht mehr so glimpflich davon wie damals. Aber das ist Schnee von gestern.

Strauß ist tot, das "blonde Fallbeil" Edmund Stoiber war zwar mit seiner Humorlosigkeit das genaue Gegenteil des urwüchsigen und durchtriebenen FJS, aber er vermochte durch seine mutigen Reformen in und für Bayern zunächst noch, hohe Wahlsiege einzufahren, bevor auch er überzog und zum politischen Abschluss freigegeben wurde.

Seither ging es fast nur noch bergab mit der CSU, weil diese erst die Bodenhaftung und irgendwann auch die Mitte verlor. Es war ausge-



rechnet Horst Seehofer, der das letzte große Zwischenhoch mit Volksnähe und einem gewissen Bauchgefühl erklimmen konnte. Doch im größten Triumph steckte bereits der Keim der großen Niederlage, vergleichbar mit dem Absturz der deutschen Fußballnationalmannschaft nach dem WM-Titel 2014 und dem 7:1 gegen Brasilien.

Die CSU hat plötzlich die Masse der Fans nicht mehr erreicht. Fehlpässe und Eigentore prägen das Spiel – und immer wieder stehen die Stürmer im Abseits.

Die Stammtische sind so wenig zufrieden mit ihrem Team wie die gebildeten Mittelständler. Söder und Seehofer sind nur ein müder Abklatsch des bayerischen Patriarchen Strauß. Die Egomanen Seehofer und Söder gefallen sich selbst in Siegerpose, bekriegen einander, versöhnen sich wieder, sind aber dem aufklärten Publikum mit ihren ewigen Machtkämpfen und Intrigen ein Gräuel.

Und auch die Bierzelt-Großmäuligkeit ist beim Bürgertum nicht mehr gut gelitten.

Die Maßkrug-Machos haben ihren Zenit überschritten. Ihre Kraftmeierei geht den Menschen gegen den Strich. Sie wollen Problemlösungen statt Machtkämpfe. In der CSU-Zentrale scheint man dies erst jetzt zu kapieren. Dabei gab es früh genug Hinweise, dass man so nicht (mehr) auftreten kann. Journalisten, die die Szene gut kennen,

etwa Kurt Kister und Heribert Prantl, haben sich oft genug kritisch mit der Selbstverliebtheit und der Dünnhäutigkeit der ewig missverstandenen CSU-Führungsriege auseinandergesetzt. Söder und Seehofer wollten dies aber nicht hören noch lesen.

Sie hatten ja ihre Claqueure beim Merkur und beim Bayerischen Rundfunk, wo die Gottliebs in der Vergangenheit für Flankenschutz in der ARD sorgten. Aber auch das ist Geschichte.

Die CSU täte gut daran, die Welt endlich wahrzunehmen wie sie ist, nicht ideologisch verblindet, sondern weltoffen und neugierig.

Natürlich muss Politik Themen setzen. Aber sie muss auch Stimmungen aus unterschiedlichen Milieus aufnehmen.

Das Bierzelt ist nur ein kleiner Ausschnitt der Wirklichkeit.

Wer mit zwei Schlägen ein Fass anzapfen kann, zapft noch lange nicht den Wähler an, schon gar nicht die Wählerinnen.

## Die Wählerinnen haben die Schlammschlachten satt

Seehofer, Söder und Co haben auch vor der Landtagswahl 2018 agiert wie immer: Dicke Arme, viel Ellenbogen, viel Kraftmeierei. Schauspielerei und Inszenierung war auch dabei, das bayerische Raumfahrtprogramm Bavaria One hätte (bei allem seriösen Hintergrund) kein Kabarettist besser erfinden können. Die Herren spielten die alten Spiele, die Entourage hoffte auf Wiederholung des letzten Erfolgs, doch diesmal war die Ausgangslage anders. Die Bürger haben Zukunftsängste, die Lage ist zu ernst, um mit rustikaler Dreckschleuderei und Marketingmäzchen Wahlen zu gewinnen. Die Menschen wollen in ernstesten Zeiten ernsthafte Antworten – und ein Gefühl, ernst genommen zu werden. Dazu gehört, dass die Kandidaten ein Mindestmaß an emotionaler Intelligenz beweisen, an Achtsamkeit und Einfühlsamkeit.

Schlammschlachten haben die Wähler und insbesondere die Wählerinnen satt. Dass einer dem anderen charakterliche Schwächen und den Hang zu Denunziationen und „Schmutzeleien“ vorwirft, wie Seehofer und Söder dies über Jahre

praktiziert haben, dass jeder der beiden Polit-Christen erkennen lässt, der jeweils Andere sei von Ehrgeiz zerfressen und eigentlich des Teufels, hat das Publikum irgendwann einfach nicht mehr interessiert, so wenig wie die Affärengerüchte und Nachrichten, die eher der Familiensphäre zuzuordnen sind.

Dass Seehofer und Söder in Feindschaft verbunden sind und nur der puren Not gehorchend überhaupt zusammenarbeiten, trotz aller gegenseitigen Verletzungen, weiß nun wirklich die ganze Republik, spätestens seit Söder Seehofer aus dem Amt des Ministerpräsidenten gedrängt hat. Aber muss man diese Erzfeindschaft immer neu aufwärmen? Sie haben es getan.

Die Schlagzeilen der letzten Monate sind selbsterklärend:

Auszeit von der Eiszeit zwischen Söder und Seehofer, Söder lehnt Kapitulation ab, Söder ist unbeliebtester Ministerpräsident der Republik, Seehofer widerspricht Merkel, Söder und Seehofer auf Konfrontationskurs zur CDU - man staunt über den Wahnwitz bayernpolitischer Kommunikationsstrategien.

Wer glaubt, trotz solcher Trash-Schlagzeilen gewinnen zu können, muss fern der Realität leben.

Irgendwann ist auch in Bayern "die Maß voll".

Und das war sie.

Die Machos in der CSU wollten die ungebremste Eskalation gegen „die Frau“, mit der Seehofer nicht mehr zusammenarbeiten wollen konnte. Die Wähler haben ihm die brutalen Angriffe auf Angela Merkel nicht gedankt, im Gegenteil. Stattdessen haben sich entsetzt abgewandt. Dass ausgerechnet die konservative „Staatspartei“ CSU, die so viel Wert auf Insignien, Traditionen und Symbole legt, die Chefin einer Bundesregierung wütend attackierte, der sie selbst angehört, ist bis heute nicht nachvollziehbar. Das war unterirdisch und illegitim.

Die Bundeskanzlerin ist – bei aller Kritik – die wichtigste Repräsentantin der Republik. Sie hat die Richtlinienkompetenz, sie kämpft auf internationaler Bühne für Deutschland.

Sie zu desavouieren und zu brüskieren, wie die CSU dies praktiziert hat, zeugt von Respektlosigkeit und Ignoranz, nicht von Dominanz.

War schon die Brüskierung Merkels beim CSU-Parteitag ein Fehler, der in der Öffentlichkeit Befremden auslöste, sollte im Verlaufe der Flüchtlingsdebatte die Sache völlig aus dem Ruder laufen. Abgesehen davon, dass eine permanente Hysterisierung nur zu einer Mobilisierung der ohnehin Ängstlichen führt, mit denen keine Schlacht zu gewinnen ist, lähmt sie auch und führt zu Blickverengungen und Panikreflexen.

Entgegen jeder politischen Kommunikationsstrategie haben ausgerechnet die Repräsentanten eines modernen Freistaats Bayern Zukunftsängste geschürt, statt Mut zu machen für das, was uns blüht. Schlammschlachten lieben nur die, die selbst mittendrin im Dreck stecken und den Gegner oder der Kontrahentin lustvoll mit Schmutz bewerfen können – psychologisch nach Freud ein sehr infantiles Gebaren. Schlammschlachten werden zwar von einem begrenzten Teil des Publikums goutiert. Im Großen und Ganzen aber schrecken Schlammschlachten Wählerinnen und Wähler ab.

Dass politische Auseinandersetzungen mit einer gewissen Schärfe geführt werden dürfen und müssen, steht außer Frage. Zuspitzung ist Teil des Meinungskampfes, Meinungskampf ist fundamentaler Teil der Demokratie.

Aber entscheidend ist immer die politische Kultur. Die CSU-Granden aber waren Repräsentanten einer politischen Unkultur.

Man schätzt das nicht mehr.

## **Lunte an die Fundamente des Rechtsstaats gelegt**

Seehofer ist nun für viele der Bösewicht, der die Schlappe der CSU und der Union, ja der Großen Koalition allein zu verantworten hat.

Es ist immer gut für Verlierer, Sündenböcke zu haben. Man kann dann von einem Versagen ablenken. Das ist eine Vorgehensweise, die in der Politik weit verbreitet ist, die man aber auch im Sport und in der Wirtschaft findet.

Seehofer ist der ideale Sündenbock. Er hat als einsamer Wolf einsame Entscheidungen getroffen, Fehler begangen und spätestens mit seinem Rücktritt vom Rücktritt Freunde und Feinde irritiert. Dass er Hauptschuldiger ist, steht außer Frage, daran soll auch nicht gerüttelt werden.

Seehofer war aber kein Einzeltäter. Die gesamte CSU-Spitze wollte die ultimative Konfrontation mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, ihrem Politikstil, ihrer Flüchtlingspolitik, ihrer ganzen Politik. Man wollte sie stürzen und nahm dabei Kollateralschäden in Kauf.

Söder hat mit inakzeptablen Begriffen aus

dem Wörterbuch der Rechtsaußen wie „Asyltourismus“ Öl ins Feuer gegossen, Seehofer mit seinem Satz von der „Herrschaft des Unrechts“ die Lunte an die Fundamente des Rechtsstaats gelegt. Und niemand hat die auf bornierten Krawall gebürsteten CSU-Politiker gebremst. Aus staatspolitischer Sicht war dies verantwortungslos.

Schlimmer noch: Dieses Verhalten hatte Folgen für ganz Deutschland, und die sind nicht von heute auf morgen zu beseitigen.

Da ist viel Aufwand nötig, um aufzuräumen und neues Vertrauen aufzubauen.

Die ersten Reaktionen in den Tagen nach der Bayernwahl lassen allerdings vermuten, dass Politiker wie Dobrindt und die Law-and-Order-Innenpolitiker Hermann und Friedrich bis heute nicht lernfähig sind. Dabei haben sie in ihrer defizitären und zum Teil ignoranten administrativen Praxis als Innenminister die Probleme mit verursacht, die sie heute beklagen.

Es gehört ein gewisses Maß an Charakterlosigkeit und Zynismus dazu, sich in einer Regierung so zu verhalten. Diese Art des Umgangs miteinander ist auch mit Blick auf die Öffentlichkeit nicht zu empfehlen.

Menschen mögen keine Zyniker.

Man hätte es den CSU-Protagonisten noch deutlicher sagen müssen. Sie wollten es nicht be-



greifen. Sollten sie weiterhin auf der Grobian-Schiene Bierzelt-Politik für die Republik machen, werden sie die Quittung bekommen.

## Die Grobianisierung der Politik

Die Grobianisierung der politischen Sprache und der politischen Auseinandersetzung hat Deutschland geschadet.

Es war Horst Seehofer, der mit seiner irrliehenden Konfliktstrategie im Asylstreit mit der Kanzlerin die Republik schleichend verändert hat. Er hat den braun angehauchten Blauen die Schafe in den Stall getrieben, er hat mit der Grobianisierung der Politik die Höckes und Weidels und Gaulands erst ermuntert, die Provokationen immer weiter zu treiben. Genutzt hat ihm diese Illoyalität, die ja nicht nur eine Illoyalität gegenüber Merkel war, sondern auch gegenüber der Republik, am Ende nichts.

Den billigen Unterbietungswettbewerb mit den Rechtspopulisten der AfD konnten Seehofer und Söder nicht gewinnen.

Ferdinand Otto analysierte dies in der Süddeutschen Zeitung messerscharf:

„Die Wählerinnen und Wähler, die wie die CSU-Führung für ein hartes Grenzregime waren (und davon gab und gibt es nicht nur ein Bayern

einige), mussten erkennen, dass die CSU sich in Berlin nicht durchsetzte. Sie sprangen ab und wählten wohl gleich AfD. CSU-Erfolge in der Migrationsfrage (Obergrenze, Familiennachzug) machte die Parteiführung zunichte, indem sie wenig später eine neue Forderung zum ‚Endspiel um die Glaubwürdigkeit‘ (Söder) erhob.

Statt lösungsorientiert zu arbeiten, trieb die CSU die Flüchtlingsfrage voran. Viel zu lang ließen sich die Christsozialen auf einen billigen Unterbietungswettbewerb mit den Rechtspopulisten ein. Seehofer sagte ‚Obergrenze‘, Gauland antwortete ‚Minus-Zuwanderung‘. Und weil die CSU zu lange brauchte, ihre eigene Scham- und Schmerzgrenze zu finden, war es dann auch schon zu spät. Sie verlor darüber weite Teile der Mitte. Die hatte in diesem Wahlkampf nicht nur besonders viele politische Alternativen, sondern auch ganz andere Nöte als die Migration."

Ja, es stimmt: Die Flüchtlingspolitik spaltet überall in Europa Gesellschaften, auch in Deutschland.

Aber in der Bundesrepublik war man auf gutem Weg, nachdem man Fehlentwicklungen erkannt hatte.

Es wurden im öffentlichen Dialog kluge Fragen gestellt: nach mangelnder Integrationsfähigkeit, nach mangelnder Integrationsbereitschaft, nach Defiziten im Vollzug. Und es wurden gute

Antworten aus dem Volk und aus Verwaltungen und Institutionen, Vereinen, Kirchen und Verbänden gegeben. Dort haben tausende Menschen Verantwortung übernommen, um die Herausforderungen zu bewältigen, die mit der Zuwanderung verbunden sind.

Spätestens seit der berühmt-berüchtigten Kölner Silvesternacht wird das Thema von Kommunalverwaltungen und der Zivilgesellschaft mit großem Realismus ohne Scheuklappen behandelt. Man kennt die guten und die schlechten Seiten der Migrationspolitik man kennt auch die Tücken der Integration, weil man Tag für Tag in der Alltagsbewältigung damit zu tun hat.

Verheerend für das Vertrauen in den Staat und seine Politiker ist allerdings die Erkenntnis, dass von Seiten der CSU niemals die großartige Arbeit der Kommunen und der Ehrenamtlichen in den Mittelpunkt gestellt wurde, die bis heute vergeblich auf die notwendige Wertschätzung durch die schlagenden Herren der CSU warten.

Stattdessen wurde und wird permanent Ausgrenzung gepredigt – zum Teil auf Menschen verachtende Art. Obergrenze, Obergrenze, Abschiebung, Abschiebung – das ist das Lied, das Seehofer, Söder und seine Mitstreiter seit Mitte 2015 singen. Sie verachten damit auch die Arbeit von tausenden Helfern, Verwaltungsbeschäftigten, Beamten, Bürgermeistern, Landräten.

Ja, es gibt kulturelle Differenzen.

Ja, es gibt Gewaltprobleme.

Ja, es gibt verfassungsrechtlich bedenkliche Erscheinungen, insbesondere im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Frauen.

Das sind keine Petitesse.

Die Kulturbrüche sind auch nicht einfach durch Kulturbrücken zu überwinden.

Aber es gibt eben auch tausendfache Aktivitäten, die Mut machen, die positiv wirken, die Menschen zusammenführen, die Integration möglich machen, die auf dem Arbeitsmarkt zu positiven Effekten führen. Es gibt mittlerweile so viele gute Beispiele, „Best-Practice-Lösungen“ aus dem Volk und aus Verwaltungen und Institutionen, Vereinen, Kirchen und Verbänden, dass man sie nur anwenden muss, um Tag für Tag Erfolge zu erzielen.

Dort hätte man ansetzen müssen. Man hätte auch längst die administrativen Voraussetzungen bei den Sicherheitsbehörden schaffen können und müssen, um die Identifizierungsfragen zu lösen. Das gilt gerade für eine konservative Law-and-Order-Partei wie die CSU. Die CSU wollte aber gar keine positiven Ansätze zur Bewältigung der Probleme. Sie wollte die Abschottung, das rechtsgewirkte kulturelle Homogenitätsideal: „Gott mit dir, du Land der Bayern“.

Deshalb hat die CSU den Großkonflikt gesucht – und natürlich aus machtpolitischen Gründen. Die Flüchtlingsfrage war Mittel zum Zweck, um die Festung Merkel sturmreif zu schießen. Dabei war der CSU jedes Mittel recht. Man bewegte sich zeitweise auf AfD-Niveau in der politischen Auseinandersetzung, und das Publikum wendete sich ab. Das gilt insbesondere für die Christen in der Union, die das bayerische Treiben mit all der Maßlosigkeit und Unanständigkeit fassungslos beobachteten.

Die Grobianisierung der CSU ist eine der verheerenden politischen Fehlleistungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Sie hat zur Verrohung der Sitten beigetragen, die lange nachwirkt und über die viele sich mittlerweile beklagen.

Horst Seehofer ist einer der Urheber dieser Grobianisierung und Radikalisierung, die nicht einmal Franz-Josef Strauß behagt hätte.

Das Fatale ist, dass mit dieser Grobianisierung tiefe Kerben in die politische Kultur des Landes geschlagen wurden. Die sind nicht mehr zu reparieren.

„Geltungssucht und Gier zerstören Vertrautheit“ schreibt die Schriftstellerin Katharina Hacker (Deutscher Buchpreis 2006 für ‚Die Habenichtse‘) mit Blick auf den Streit zwischen CSU und CDU in einem Gastbeitrag für t-online.de. Sie wehrt sich in einer Petition an den Deutschen Bundestag ge-

gen „die Verwahrlosung der politischen Kultur“ und fügt hinzu: „Die Verwahrlosung politischer Debatte, wie sie in den Verhandlungen zwischen CSU und CDU in den letzten Wochen zu Tage trat, erschüttert uns“. Die Gesellschaft, „wie sie sich in ihren Bauten, Gewohnheiten, Institutionen, Umgangsformen zeigt, getragen und belebt von uns“ garantiere Geborgenheit, die die Menschen so brauchten. Die gewählten Politiker seien dafür in besonderem Maße verantwortlich.

„Sie sind dafür verantwortlich, Regeln zu prüfen, zu etablieren, zu hinterfragen und selber zu leben. Sie sind dafür verantwortlich, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Sie haben aber auch die Macht, Vertrautheit zu zerstören. Durch Geltungssucht und Gier zerstören sie die Vertrautheit“. (Katharina Hacker 2018;

[https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id\\_84097600/katharina-hacker-ueber-politische-kultur-geltungssucht-und-gier-zerstoeren-vertrautheit.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_84097600/katharina-hacker-ueber-politische-kultur-geltungssucht-und-gier-zerstoeren-vertrautheit.html))

Diese irrationale Zerstörungswut machtbeswuster (oder –besessener?) Politiker, diese mangelnde Sensibilität für die Gefühle der Menschen, hat viele Wählerinnen und Wähler abgestoßen.

Die CSU hat es, wenn man die Wahlnachlese verfolgt, bis heute nicht begriffen. Und leider gibt

es in de (un)sozialen Netzwerken genug Fanatiker, die diesem wütenden Haudrauf-Stil ohne Rücksicht auf Verluste noch immer zujubeln.

Die Mehrheit aber denkt anders Es sollte um Menschen gehen, nicht um Macht. Und schon gar nicht sollte es um Rache gehen.

Denn Rache ist ein schlechter Ratgeber.

Rache verengt den Blick und verblendet.



## **„Mein ist die Rache“: Privatkrieg führt GroKo ins Abseits**

Weil Seehofer einen Privatkrieg gegen Angela Merkel führte, hat er durch die Art der Auseinandersetzung die Demokratie geschwächt und die Große Koalition ins Abseits geführt. Man darf ihm dies nicht verzeihen. Wer so handelt, schadet der Demokratie. Das sind nicht einfach nur politische Thesen. Es sind empirisch belegte Erkenntnisse aus Umfragen vor der Wahl und zur Wahl.

Zu denen gehören auch die Daten zur Politikerzufriedenheit. Mit Seehofer und seiner Arbeit waren im Oktober 2018 eine Woche vor der Landtagswahl nach einer Bayerntrend-Studie von infratest dimap 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler weniger oder gar nicht zufrieden, nur 28 Prozent waren sehr zufrieden oder zufrieden. Gegenüber der Landtagswahl 2013 war dies ein Absturz um 37 Prozentpunkte. Kein Politiker wird durch die Bank so schlecht bewertet wie Seehofer. Die Zahlen sind geradezu desaströs. Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen erläutere-

te im ZDF, dass Seehofer schlechte Bewertung im eigenen Bundesland einzigartig in Deutschland sei.

Aber auch Markus Söder liegt im Negativ-Bereich. 46 Prozent der Wähler sind zufrieden mit ihm, 47 Prozent unzufrieden. Damit ist er der unbeliebteste Ministerpräsident Deutschlands – und das trotz exzellenter Wirtschaftszahlen und Strukturdaten.

Geradezu miserabel sind aber auch die für Angela Merkel ermittelten Zahlen. Mit einem Absturz um 31 Prozentpunkte gegenüber 2013 hat die Langzeit-Bundeskanzlerin ein ähnlich katastrophales Ergebnis vorzuweisen wie ihr Dauerriple Seehofer. 42 Prozent beurteilen Merkel und ihre Arbeit positiv, 56 Prozent negativ.

Und letztlich sprechen Verluste der GroKo-Parteien in Höhe von mehr als 21 Prozent eine glasklare Sprache. Blickt man auf die Chartentwicklung, ist der Trend seit dem Herbst 2015 negativ. Es war der Beginn der Flüchtlingskrise und des Dauerfeuers durch Seehofer und die AfD. Nach der gewonnenen Landtagswahl im Saarland konnte sich die CDU wieder stark erholen, doch die CSU setzte dann ohne Not wieder zum permanenten Beschuss auf dem Gebiet der Flüchtlingspolitik an, was zunächst die Bundestagswahl verhegelte und schließlich zum katastrophalen Ergebnis in Bayern führte.

Daran ist erkennbar, dass die empirischen Daten von infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen klare Hinweise auf politische Fehler geben und glasklare Hinweise auf die Verantwortlichen.

Glasklar waren die Nachwahl-Analysen der CSU allerdings nicht. Stattdessen sah und hörte man wie in alten Zeiten Rituale, die Binsenweisheiten, die Verharmlosungen der Ergebnisse, das Be- und Verschweigen der tatsächlichen Ursachen.

Das ist unbefriedigend. Nicht nur die Medien wollen wahre Antworten, sondern auch die Mitglieder und Anhänger der Parteien und die Öffentlichkeit. Denn auch das ist eine Ursache der Politik- und Politikerverdrossenheit in der politischen Mitte:

dass man weder die eigenen Mitglieder noch die Wählerinnen und Wähler ernst nimmt;

dass man ablenkt, beschwichtigt und einlullt;

dass man vertröstet;

dass man Analysen verschiebt, weil es Pfründe gefährdet, wenn abgerechnet wird.

Diesmal werden einige der Protagonisten der Ursachenforschung nicht ausweichen können. Zu klar sind die Belege für ihr Verschulden.

Nach einer Umfrage der ARD halten 56 Pro-

zent der Wähler Seehofer für den Hauptverantwortlichen für das CSU-Ergebnis, 24 Prozent Bundeskanzlerin Angela Merkel (CSU) und acht Prozent Söder. Seehofer sagt, zunächst gehe es aber darum, sich auf die Regierungsbildung in Bayern zu konzentrieren.

Diese Taktik wird diesmal nicht ziehen. Die Messer sind gewetzt. Das gilt nicht nur in der CSU, sondern auch in CDU und SPD. Die ersten Rücktrittsforderungen sind in der Welt.

## **Bundeskanzlerin in Not, Seehofer politisch tot**

Horst Seehofer ist im Grunde politisch tot, Söder angeschossen und auch die Bundeskanzlerin ist in größter Not.

Seehofer war schon vor der Bayernwahl als Innenminister nicht mehr tragbar. Seine sprichwörtliche Illoyalität, seine schweren Versäumnisse, seine Fehler im Umgang mit Verfassungsschutzpräsident Maaßen hätten Anlass genug geboten, ihn zu entlassen.

Seine Rolle als Scharfmacher in der Asylpolitik ist sowohl in Bayern als auch in der Bundespolitik hart kritisiert worden – mit Fug und Recht. Als Parteichef und als Innenminister ist Seehofer spätestens mit dem Wahltag reif zur Abwahl, reif zur Entlassung. Er wolle aber nicht der Watschnbaum sein, ließ er wissen, als man ihn nach dem Wahldesaster heftig anging.

Der Wahlausgang in Bayern hat Bundeskanzlerin Angel Merkel zunächst geschwächt und gestärkt. Deutliche weiter geschwächt wurde die ohnehin in der Kritik stehende CDU-Vorsitzende,

weil sie und die Große Koalition von den bayerischen Wahlverlierern mit in den Strudel gezogen wurden. Positiv war in dieser Negativ-Situation, dass Merkels Erzfeind Seehofer sowohl in Bayern als auch bundesweit als Hauptverursacher des Debakels gesehen wurde.

Ungeachtet dessen ist die Nachfolgediskussion um die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin neu aufgeflammt. Und wieder wurden die üblichen Verdächtigen als potenzielle Nachfolger genannt: Jens Spahn, Annegret Kramp-Karrenbauer, Peter Altmaier, Armin Laschet.

Wissen sollte man, dass der Hoffnungsträger der Konservativen, Jens Spahn, keineswegs der unumstrittene Shootingstar ist. Wir wissen, dass er beim Thema Lobbying Connections pflegte, die mehr als ein Geschmäcke hatten und womöglich immer noch haben.

Er ist weder ein mitreißender Redner noch ein Visionär. Dank seiner Netzwerke weiß er sich aber meist recht gut zu verkaufen. Man pusht ihn, um ihn in Position als Merkel-Nachfolger zu bringen. Aber er hat auch viele Gegner, die ihn nie wählen und eher zu anderen Parteien abwandern würden. Die CDU müsste, auch wenn Junge Union, CSU und Mittelstandsvereinigung dies ungern hören, mit einem hohen Aderlass der Wähler rechnen.

Von ihm sind auch nicht die großen Impulse

zu erwarten. Als Überflieger hat er sich bisher nicht profiliert, weder als Staatssekretär im Finanzministerium noch als Bundesgesundheitsminister.

Sein gut gemeinter Appell, dass Pflegekräfte ihre Stundenzahl erhöhen, um dem Pflegenotstand kurzfristig abzuhelpfen ist nicht gut angekommen bei den Betroffenen. Im Interview mit der Augsburger Allgemeinen sagte der Gesundheitsminister: „Wenn von einer Million Pflegekräften 100.000 nur drei, vier Stunden mehr pro Woche arbeiten würden, wäre schon viel gewonnen.“ Leser-Antwort in den (Un)Sozialen Netzwerken: „Wenn Jens Spahn nur 3-4mal was Schlaues sagen würde, wäre schon viel gewonnen.“ Von Spahn ist also auch kein Aufschwung zu erwarten, im Gegenteil. Er wäre Garant eines desaströsen Abschwungs auch bei der CDU. Die ist schon tief genug gefallen.

Eher wäre wohl die CDU-Generalsekretärin und Saar-Wahlsiegerin Annegret Kramp-Karrenbauer in der Lage, die CDU wieder in erfolgreiche Fahrwasser zu bringen. Immerhin hat sie bereits den CDU-Bundesparteitag bei ihrer Kür zur Generalsekretärin begeistert. Sie hat auch politische Statements für die Konservativen in der Union gesetzt, die mehr als bisher ernst genommen werden wollen. Aber sie hat auch immer gesagt, dass auf die Integration der Flügel ankommt, auf die drei Standbeine der CDU.

„AKK“ hat im Saarland entgegen allen Umfragen den „Schulz-Zug“ der SPD gestoppt, die Wahl mit einem sensationellen Ergebnis gewonnen und der Union neue Zuversicht gegeben. Sie war als Ministerpräsidentin, Ministerin und Parteivorsitzende erfolgreich, hat auch Krisen gemeistert und mit der Aufkündigung Jamaika-Regierung, die durch die FDP in raues Fahrwasser geraten war, Mut bewiesen. Sie pflegt gute Kontakte zu ihrem ehemaligen Vize-Regierungschef Heiko Maas und ist volksnah, wie der „Orden wider den tierischen Ernst“ belegt. Im Saarland hat die populäre Frau mit dem sperrigen Namen Kult-Status.

Armin Laschet wird derzeit von einer Reihe von Medien gepusht, wenngleich die schwere Niederlage der NRW-Regierung im Kampf um die Abholzung des Hambacher Forsts Laschets Position nicht unbedingt gestärkt haben dürfte. Außerdem war sein Wutanfall bei Anne Will durchaus grenzwertig. Dass er als NRW-Ministerpräsident zu den potenziellen Anwärtern auf das Kanzleramt gehört, ist dennoch Fakt. Er vertritt wie Kramp-Karrenbauer eine arbeitnehmerfreundliche Politik der Sozialen Marktwirtschaft.

Derweil kann sich im Hintergrund ein schwergewichtiger Anwärter warm laufen, wie Spahn, Kramp-Karrenbauer und Laschet ist auch Altmaier katholisch. Alle vier sind in Kohleländern sozialisiert, alle vier sind mit ihrer Vita und ihrem Auftre-



ten ein Kontrast zu Angela Merkel, auch wenn Kramp-Karrenbauers Nähe zur Kanzlerin wieder und wieder herausgestellt wird.

Tatsächlich sind beide grundverschieden: Hier die evangelische Pfarrerstochter aus dem Osten, die es mit ihrer Verkniffenheit auch Anhängern schwer macht, dort die joviale katholische Karnevalistin, die auch als Ministerpräsidentin kein Problem hatte, als Putzfrau Gretel in die Bütt' zu gehen. Machtwillen habe alle vier: Spahn wollte schon immer Kanzler werden, Altmaier hat an den wichtigsten Schaltstellen der Macht in Fraktion, Kanzleramt und Ministerien gearbeitet und weiß, wie Kanzler geht, Laschet hat sich selbstbewusst mit sozialen Themen und bürgernahem Auftreten ins Rampenlicht geschoben, Kramp-Karrenbauer hat als Generalsekretärin den „geschäftsführenden Vorsitz“ der Bundes-CDU im Flut erobert und sagt: „Ich kann, ich will, ich werde“. Mit Ausnahme von Spahn sind alle Anwärter(innen) Vertreter der „Bonner Mitte“.

Die Bayernwahl hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass Wahlen nicht an den Rändern, sondern in der Mitte gewonnen werden und dass das bürgerliche Lager in ihrer Gesamtheit stärker ist als die rechten und linken Flügel.

Nur die Mitte lässt Parteien überleben. Derzeit streben die Grünen dorthin. Ihr Erfolg gibt ihnen Recht.

## Wie die AfD bewertet wird

Die AfD hat nach den Bayernwahl-2018-Analysen der Forschungsgruppe mit minus 3,2 „ein miserables Image – wohl auch, weil 78 Prozent in dieser Partei rechtsextremes Gedankengut weit verbreitet sehen“. Ungeachtet dessen hat die radikalisierte Rechtspartei mit rund 10 Prozent ein erstaunliches Ergebnis eingefahren. Allerdings zeigen die Meinungsforscher auch, dass zwei Drittel der AfD-Wähler Protestwähler sind. Viele haben vom katastrophalen Fehler der CSU profitiert, ohne Not das einzige Top-Thema der AfD zum Dauerbrenner gemacht zu haben.

„Für 48 Prozent trifft der Vorwurf zu, wonach die CSU partiell AfD-Inhalte übernommen hat, was der AfD nach Ansicht der Befragten eher genutzt und der CSU klar geschadet hat. 43 Prozent meinen, eine zuletzt ‚weit nach rechts gerückte CSU ist für viele Bürger in der politischen Mitte nicht mehr wählbar‘“. (forschungsgruppe.de)

Damit bestätigen auch die Daten der Wahlforscher die Analysen der Politikexperten. Es ist vor allem die „rückläufige Integrationsfähigkeit in

praktisch allen sozialen Gruppen“, die zum hausgemachten Absturz der CSU geführt hat. Dieser Befund sollte all denen zu denken geben, die ein schärferes rechtes Profil der CDU verlangen.

## Umweltfeindlich empathiefrei

Erhebliche Ansehensverluste hat die CSU bei den Themen Umwelt und Zukunft zu verzeichnen. Obwohl Bayern lange für eine fortschrittliche Umweltpolitik stand, sehen nur 15 Prozent der Wähler die Hauptkompetenz bei der CSU und 59 Prozent bei den Grünen. Die einstige Ökopartei, die auf dem Weg zur Volkspartei ist, steht für 55% der Befragten in Bayern für eine modernbürgerliche Politik (forschungsguppe.de). Außerdem haben sie hohe Kompetenzwerte bei den Themen Familie, Soziale Gerechtigkeit und Zukunft. Gerade bei den Gerechtigkeitsthemen haben die Grünen mittlerweile die Rolle der SPD übernommen.

Umwelt und Klimaschutz sind zu Schlüsselthemen geworden, und die Menschen erkennen dies. Es geht um die Lebensgrundlagen der Menschen, um die Schöpfung, um Gesundheit und Zukunft.

Das sind keine neuen Erkenntnisse, auch nicht für Bayern und die CSU.

Die Europäische Charta Umwelt und Gesundheit, die am 8. Dezember 1989 auf der ersten Europäischen Konferenz über Umwelt und Gesund-

heit der Weltgesundheitsorganisation in Frankfurt am Main verabschiedet wurde, hat fundamentale Grundsätze formuliert.

Zu den Rechten ist dort ausdrücklich festgehalten:

"Jeder Mensch hat Anspruch

\* auf eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht

\* auf Informationen und Anhörung über die Lage der Umwelt, sowie über Pläne, Entscheidungen und Maßnahmen, die voraussichtlich Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit haben,

\* auf Teilnahme am Prozess der Entscheidungsfindung."

Der Anspruch auf eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht, steht dabei nicht isoliert. Sie ist verbunden mit der Verpflichtung jedes Menschen, die Umwelt im Interesse der eigenen Gesundheit und der Gesundheit der anderen Menschen zu schützen.

Die Menschen nehmen das mittlerweile ernst. Die Demonstrationen gegen die Abholzung des Hambacher Forsts belegen dies ebenso wie die vielfältigen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürger für Luftreinhaltung, Klimaschutz, Bodenschutz, auch in Bayern. Unbestritten ist, dass ein

angemessener Schutz für das menschliche Wohlbefinden und die Ausübung grundlegender Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, unabdingbar ist.

Während die CSU und ihre Minister in Berlin und München im Streit um Dieselmanipulationen, Abgasgrenzwerte und Fahrverbote auf geradezu abenteuerliche und unverschämte Weise Konzerninteressen vertreten haben – man weiß bestens, welche Autokonzerne die CSU sponsern und mit welchen Beträgen –, haben sich die Bürgerinnen und Bürger empört und entsetzt von der Großen Koalition der Spendenempfänger abgewandt.

Die Grünen aber haben das Schlüsselthema, das Millionen Menschen bewegt, glaubwürdig und offensiv vertreten. Mit Katharina Schulz und Ludwig Hartmann haben die Grünen in Bayern glaubwürdige Repräsentanten einer öko-sozialen Marktwirtschaft. In einem 10-Punkte-Programm haben sie Themen gesetzt, die Menschen bewegen. Artenschutz, Gleichberechtigung, Naturschutz (Betonflut eindämmen), Wohnen und Pflege (Soziale Sicherheit stärken und Wertschätzung geben), Europa (Bayerns Zukunft ist ein starkes Europa), Sicherheit (Frei und sicher in Bayern leben), Klimaschutz (... müssen endlich Taten folgen), Bildung (...ist der Schlüssel zum Leben), Integration und Mobil sein in Bayern. Es geht dabei um Höchstgrenzen für den Flächenverbrauch, damit „Bayern Heimat bleibt und nicht zubeto-

niert oder zersiedelt wird“, um Ortskerne, um die Reduzierung der Ackergifte, um eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt, um bezahlbare Sozialwohnungen, um Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt aber mit Augenmaß reagiert und die Bürgerrechte schützt und um eine Mobilitäts-garantie im Flächenland Bayern mit kostenlosen Bustickets für Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende.

Das war einfach, klar und verständlich. Damit können alle Bevölkerungsgruppen etwas anfangen. Die CSU aber bekämpfte diese grünen Positionen aggressiv. „Nicht koalitionsfähig“ sei das Programm der Ökopartei, sagte Söder noch am Freitag vor der Wahl. Schon zuvor hatte er kritisiert, es beinhalte „Dinge aus der grünen Mottenkiste“. Die Grünen stünden für Chaos und würden den Wohlstand Bayerns gefährden, so die unverhohlene Drohung der Konservativen. Eine „zutiefst intolerante Partei gegenüber der Mehrheitsgesellschaft“ nannte CSU-Generalsekretär Markus Blume die Grünen vor wenigen Wochen in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“. Das war alles purer Unsinn – und koalitionspolitisch ein schwerwiegender Fehler.

Es gab eine weitere Fehleinschätzung der CSU, die ohne Not die wertgebundenen Themen preisgegeben hat: So ist das Thema Zuwanderung längst nicht mehr das Aufregerthema wie vor ein- einhalb Jahren. Die CSU hat also auf das falsche

Pferd gesetzt.

Die Polarisierung gegenüber den politischen Gegnern UND der Bundeskanzlerin war ebenso überflüssig wie falsch.

Hätte die CSU Landesthemen in den Mittelpunkt gerückt, wäre ihr Wahlergebnis womöglich viel besser ausgefallen.

Die verantwortlichen Strategen heißen Seehofer, Söder, Dobrindt und Kreuzer.



## Große Koalition leidet an Schwindsucht

Die Große Koalition in Berlin leidet an Schwindsucht und Vertrauensverlust, die Bürger sehnen sich nach Erneuerung, Merkel zeigt Begeisterung allenfalls noch für Außenpolitik und gesteht ungewohnte Fehleinschätzungen ein. Ihr, die so viele Rivalen abservierte und die mit ihrer Politik-Strategie des Abwartens und des Hineinhörens in die demoskopische Lage der Nation Probleme durch Abwarten lösen konnte, ist das Gefühl verlorengegangen, was geht.

Schon die Jamaika-Sondierungen waren ein Desaster, an dem sie selbst beträchtliche Schuld trug. Sie duckte sich weg, war „die Unsichtbare“ (Spiegel), statt für die neue Koalition zu kämpfen, die Deutschland eher vorangebracht hätte als die unselige Neuauflage der Großen Koalition.

Merkel wirkt merkwürdig entrückt. Als „Kanzlerin Ratlos“ hat man sie seither erlebt.

Und selbst Anhänger fragen: Hat sie eine Idee, eine Botschaft, eine Vision, wie Deutschland sich in diesen turbulenten Zeiten entwickeln soll? Warum erklärt sie es dann nicht? Wenn nicht: Wa-

rum macht sie dann weiter? Wie soll die Gerechtigkeitslücke geschlossen werden, die es zweifellos gibt? Muss die Mittelschicht von heute morgen mit Altersarmut rechnen? Welche Folgen haben Globalisierung und Digitalisierung für die Arbeitsplätze? Hat Deutschland ein Sicherheitsproblem? Haben wir die Folgen der Zuwanderung unterschätzt? Wenn ja: Wie können die Defizite ausgeglichen werden? Wenn nein: Warum bietet keiner den Schreihälsen Paroli? Warum sind die bürokratischen Hürden so hoch, um Zuwanderung besser zu steuern? Welchen Weg geht Europa? Zerbricht der Euro? Was passiert dann mit dem Geld der Sparer? Wann endet die Nullzinspolitik, die die Sparer enteignet? Wie geht Digitalisierung im ländlichen Raum? Warum dauert der Netzausbau so lange? Wie steht es um die Gesundheitsvorsorge auf dem Land? Gilt weiterhin das Postulat der gleichen Lebensverhältnisse überall in der Republik? Wie sind die immer dreisteren Rechtsradikalen zurückzudrängen?

Gerade jetzt wäre Führung von Merkel gefragt. Doch die vermisst man schmerzlich.

Nach dem peinlichen Scheitern der Jamaika-Gespräche folgten die Sondierungen und Koalitionsverhandlungen für eine neue GroKo, die visionslos geschäftige Festlegung von Geschäftsbereichen, die in der Mitgliedschaft der CDU zum ersten Mal seit Jahren wirklich großen Unmut auslöste. Übertroffen wurden diese unendlichen Mü-

hen des Neubeginns von den Großkrisen der neuen GroKo zu Asyl und zum absurd illoyalen Verfassungsschutzchef Maaßen, der sich offenbar der Rückendeckung seines Innenministers absolut sicher war.

Der Kuhhandel um Maaßens Ablösung samt Beförderung zum Staatssekretär, die dann doch wieder abgeblasen wurde, hat ganz Deutschland auf die Palme gebracht. Faule Kompromisse dieser Art, die früher üblich waren, sind nicht länger erwünscht in Zeiten, da die Mittelschicht ihre Felle davonschwimmen sieht.

Und so kam das Bayernbeben nicht überraschend. Die Schockwellen auf der nach oben offenen Richterskala waren vorausgesagt, der Trend richtig prognostiziert worden. Dass es tatsächlich so hart wird, hatten viele politische Beobachter allerdings nicht erwartet. Insbesondere aus den GroKo-Parteien war vor der Wahl Zuversicht verbreitet worden, es könne noch einen Last-Minute-Swing geben. Davon konnte allenfalls die CSU in geringem Umfang profitieren. Es war immer noch schlimm genug für die einst allmächtige CSU.

Und die Große Koalition traf es wegen des katastrophalen Absturzes der SPD dann doch sehr hart.

## Ein einziges Desaster

Für die Große Koalition ist das Ergebnis der Bayernwahl ein einziges Desaster. Zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler sind unzufrieden mit der Bundespolitik, die damit verantwortlich für das Ergebnis der Stimmabgabe bei einer Landtagswahl ist.

Verantwortlich sind aber vor allem die Akteure.

Wie erwartet ist die destruktive Obstruktionspolitik des Bundesinnenministers gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Bundespolitik gnadenlos bestraft worden.

Drei Jahre lang hat der bayerische Hasardeur sich als unions- und später als regierungsinterner Rebell inszeniert, um dafür jetzt die Wählerquittung zu erhalten.

Jetzt muss der CSU-Chef entweder selbst die Konsequenzen ziehen – oder von der Regierungschefin entlassen werden. Dafür hat sie jetzt alle Trümpfe in der Hand. Die sollte sie auch dann ziehen, wenn die CSU die Regierung verlässt.

Bleibt Seehofer als Störenfried in der Regie-

rung, wird diese Große Koalition keinen Frieden finden. Für Deutschland, das in diesen turbulenten Zeiten auf Innovation und Zukunftsperspektiven angewiesen ist, wäre dies eine fatal. Hier gilt der Grundsatz: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Die bayerischen Wähler hat, so hat es auch die Grünen-Vorsitzende Robert Habeck erklärt, Veränderung gewählt. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) bewertet dies als „zum Teil schmerzhaft“. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles nannte das Ergebnis für die SPD „bitter“. Es sei aber "auch ein sehr schlechtes Ergebnis für alle Volksparteien insgesamt".

Damit hat sie Recht. Für die Große Koalition in Berlin war dies ein Katastrophenergebnis, es hätte kaum schlechter laufen können. Dass die CSU das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte als Ernte der Wahl einfuhr, war fast zu erwarten, nicht aber die Tatsache, dass die SPD halbiert wurde. Die Grünen legten um zehn Prozentpunkte zu und wurden als "neue alternative Volkspartei" zweitstärkste Kraft.

Die Wähler haben den Berliner Regierungsparteien einen Denkkzettel verpasst. Ihre Regierungsarbeit wird bundesweit als schlecht bewertet. Das geht sowohl mit der Bundeskanzlerin und der Union als auch mit der SPD nach Hause. Der von Horst Seehofer und seinen CSU-Zuschlägern im-

mer wieder befeuerte Flüchtlingsstreit hat sowohl der AfD als auch den Grünen und den Freien Wählern in Scharen CSU-Wählerinnen und -Wähler zugetrieben.

Seehofers Rücktritt vom Rücktritt hatte absurde Züge. Staatspolitisch mindestens ebenso verheerend war sein stures Festhalten am illoyalen Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen.

Wie Seehofer überhaupt mit seinem illoyalen Rebellentum gegen die amtierende Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland drei Jahre lang systematisch Vertrauen in die Demokratie zerstört hat.

Dass der so genannte Diesel-„Kompromiss“ und die konzernfreundliche Politik der Bundesregierung, insbesondere der CSU, die Missstimmung der Bevölkerung noch mehr verstärkt haben, wundert niemanden.

Die Wählerinnen und Wähler halten diese Art von Politik, die zu Lasten der Bürger geht und bei denen die Konzerne geschont werden, für nicht mehr zumutbar.

## Teflon-Seehofer klebt am Amt

Die WELT hat Horst Seehofer in einem Leitartikel einen „Teflon-Vorsitzenden“ genannt (Thomas Vitzthum, 17 Oktober 2018).

Alle hielten sich an Regeln und Zeitpläne, schreibt die konservative Zeitung, auch Söder, nur Seehofer nicht. Der provoziere mal wieder. Persönliche Verantwortung für die Wahlniederlage in Bayern scheine ihm fern zu liegen. In einer Mischung aus Sturheit und Borniertheit hält er an seinen Ämtern als CSU-Vorsitzender und als Innenminister fest.

Vor der Bundespressekonferenz sagte Seehofer am Dienstag nach der Wahl, dass man als Politiker immer bereit sein müsse, über Stil und Ton zu reden und dass an seinem Stil im Flüchtlingsstreit „durchaus Kritikwürdiges dabei gewesen sei“. Aber in der Sache habe er nichts falsch gemacht in der Flüchtlingspolitik. Schließlich habe er in völliger Übereinstimmung mit den Bundestagsabgeordneten, der Landesregierung und der Landtagsfraktion in Bayern gehandelt, womit er zweifellos Recht hat.

Auch in der Causa Maaßen habe er alles richtig gemacht, allerdings sei er Opfer einer üblen Medienkampagne geworden.

Was den Stil angehe, so werde er darauf achten. „Ich habe keinen Zweifel, dass ich das auch länger durchhalten werde“. Das spricht weder für Einsicht noch für eine Bereitschaft, zurückzutreten – weder als Bundesinnenminister noch als CSU-Vorsitzender.

Diese Hybris hatte er schon gegenüber Merkel an den Tag gelegt, als er sagte: „Ich lasse mich nicht von einer Kanzlerin entlassen, die nur wegen mir Kanzlerin ist“. Er fügte hinzu: Er befinde sich in einer Situation, die für ihn „unvorstellbar“ sei: „Die Person, der ich in den Sattel verholpen habe, wirft mich raus.“

Aber so ist die Verfassungslage in Deutschland.

Mit Verfassung und Recht aber hat Seehofer seine Probleme, das ist schon öfter aufgefallen.

Warum Seehofer die Sache mit dem Stil „länger durchhalten“ will? Weil er nicht weichen will?

Es wäre für ihn wohl die „Vertreibung aus dem Paradies“ (FAZ). Die WELT mutmaßt, Seehofer hänge vielleicht nicht mehr grundsätzlich an der Macht, aber „an seiner Bedeutung. Er kann es seiner Partei nicht verzeihen, dass die ihm anscheinend seine Leistung beim Neuaufbau nach



der noch schlimmeren Niederlage 2008 und die Rückeroberung der absoluten Mehrheit 2013 vergessen hat.“ So ungerecht ist Politik. Aber meist ist dies dann auch das Echo der anderen auf das Verhalten des autoritären und selbstherrlichen Chefs. Seehofers Egomane ist sprichwörtlich, seine Sturheit ebenfalls.

Aber seine Sturheit wird ihn diesmal nicht retten. Und diesmal ist es nicht die Kanzlerin, die angeblich nur wegen Seehofer Kanzlerin ist, die den Rücktritt einleitet.

Es sind die eigenen Truppen.

„Seehofer muss gehen“, heißt es in der FAZ: „Seehofer hat die ihm zustehende Solidarität ausgeschöpft. Der parteiweite Unmut über den einsamen ‚Seehofer-Zirkus‘ ist nicht mehr zu bändigen. Nach einem solchen Wahlergebnis reicht es nicht, den Ton zu bereuen und eine Neuaufstellung beim Naturschutz zu fordern; bei einem solchen Absturz muss einer gehen.“

Geradezu lächerlich wirkte in diesem Zusammenhang die Erkenntnis Seehofers: Jamaika wäre eine gute und spannende Regierung geworden. Denn ausgerechnet Seehofer war neben FDP-Chef Lindner einer der Hauptverantwortlichen für das Scheitern der Jamaika-Sondierungen. Und Lindner hat erneut erklärt, dass es mit Seehofer und Merkel keine Jamaika-Regierung geben wird.

Womit Seehofer Recht hat, ist die Notwendigkeit, dem Naturschutz die Bedeutung zu geben, die er verdient.

## Der Natur zum Naturrecht verhelfen

Großer Sieger dieser Wahl waren die Grünen, die es zur Nummer 2 geschafft haben. Das ist kein Wunder: Die Grünen sind Kinder des Bürgertums. Wie die Freien Wähler hatten auch die Grünen in Bayern immer einen besonderen Stand, wie sie die Bewahrung der Natur im Land der Berge, der Seen, der Wiesen und Felder immer ernst genommen haben. Sepp Daxenberger war die Verkörperung einer überzeugenden Grünen-Politik.

Während die Söders und Seehofers und Dobrindts im Dampfhammer-Stil über Bayern gefegt sind, haben die Grünen für ein anderes Bayern gekämpft – und damit vor allem das aufgeklärte weltoffene Bürgertum für sich eingenommen.

Die Menschen spüren, dass der Klimawandel bei ihnen angekommen ist. Überschwemmungen, Naturkatastrophen sind nicht mehr nur aus den Weltnachrichten bekannt.

Darüber hinaus gelten die Grünen mittlerweile bundesweit als Garanten einer modernen bürgerlichen Politik, die Gesundheit und Wohlergehen

der Menschen ebenso in den Vordergrund stellen wie Klimaschutz.

In den Universitätsstädten erzielen die Grünen mittlerweile Ergebnisse weit über 20 Prozent. Ihre Spitzenwerte haben sie in München mit 42,5% (München-Mitte), 34,4% (Schwabing), 34,0% (Milbertshofen) und 31,4% (Giesing) und sind damit die Nummer eins unter den bayerischen Parteien. Top-Ergebnisse weit über dem bisherigen Stand stehen auch in Würzburg-Stadt (29,4%), Bamberg, Nürnberg und Regensburg auf der Habenseite.

Stern-Autor Tilman Gerwien erläutert zwar, es sei Unsinn, dass die CSU ein Großstadt-Problem habe. Er begründet dies mit der Tatsache, dass die CSU noch immer mit weitem Abstand die Nummer eins auch in den Großstädten sei, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Und Sebastian Beck verweist in der SZ darauf, dass die CSU fast alle Direktmandate gewonnen hat und noch immer über eine exzellente Infrastruktur verfügt, was für eine Partei immer wichtig ist. Aber ein Großstadt-Problem hat die CSU trotzdem, was sich auch bei Kommunalwahlen und OB-Wahlen zeigt. Die entscheidende Frage ist, ob es in den Städten ernsthafte Mitbewerber gibt, die der CSU auf mittlere Sicht weitere Wähler abjagen können. Das ist erkennbar nicht mehr die SPD, deren Lage desolat ist und die in der Vergangenheit eher das Arbeitermilieu repräsentierte. In der Mittelschicht aber

wildern die Grünen mit Erfolg, und das ist neu.

Für die CSU schmerzlich sind auch die Top-Grünen-Ergebnisse in Bad Tölz/Wolfratshausen/Garmisch, Starnberg und Lindau. Das gut situierte liberale Bildungsbürgertum hat der CSU den Laufpass gegeben und sich für die moderne Lebensbild-Variante entschieden. Neben den Performern und den Liberal-Intellektuellen des gehobenen Milieus sind jetzt auch die Konservativ-Etablierten, die Adaptiv-Pragmatischen der jungen Mitte sowie die Bürgerinnen und Bürger der anpassungsbereiten Mitte willens und in der Lage, die Grünen als Trendpartei zu wählen. Allerdings soll nicht ausgeblendet werden, dass auch die AfD in der bürgerlichen Mitte und bei den Konservativ-Etablierten wildern kann.

Dieser Trend ist von der Union bisher nicht thematisiert worden, spielt aber für Zukunftsthemen und künftige Wahlen eine fundamentale Rolle.

Auch das Thema Bildung wird von den GroKo-Parteien nach wie vor massiv unterschätzt. Hier wurde die CSU von zwei Seiten in die Zange genommen: von den Grünen und Aiwangers Freien Wählern.

Umweltpolitik ist längst zu einem wichtigen Faktor der Politik geworden. Die Menschen sorgen sich um die Gesundheit. Sie kaufen in einem

Umfang Bioprodukte, wie dies vor Jahren nicht vorstellbar war, die großen Discounter haben sich längst auf das neue Natur- und Umweltbewusstsein eingelassen. Sachbücher wie „Das geheime Leben der Bäume“ sind völlig überraschend zu Bestsellern geworden. Dort finden sich auch Hits wie der „Ernährungskompass“, 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert, die „Weisheit alter Hunde“, das Ende der Mogelpackungen, zuckerfreie Glücksrezepte sowie Bücher zum achtsamen Leben.

Womöglich lesen die Granden der Union keine Bücher, zumindest nicht die, die angesagt sind und ein Lebensgefühl vermitteln, das sowohl in den Städten in urbanen Milieus als auch auf dem Land zunehmend erwünscht ist.

Dabei kennt die CSU das Thema seit Jahrzehnten bestens.

"Ökonomische, ökologische und soziale Ziele haben gleiches Gewicht", heißt es im Ökoprogramm der CSU, entwickelt von einem ebenso mutigen wie kritischen Arbeitskreis. „Wir müssen uns zu einer ökologischen Wohlstandsgesellschaft entwickeln“, fordert die AG der CSU-Umweltpolitiker. Was sie schreiben, ist geradezu revolutionär.

„Nicht fortschrittsgläubige Technikeuphorie, sondern ökologisch motivierte Kritik spricht aus dem neuen Programm: Der CSU-Arbeitskreis

Umwelt plädiert für einen Fortschritt, den die Natur "mittragen" können muss, der "abschätzbar und berechenbar" bleiben muss.

Deshalb geht der Arbeitskreis auch mit dem Individualverkehr hart ins Gericht:

"Umweltverträglichkeit und Energieeinsparung sind wichtiger als Höchstleistung und Höchstgeschwindigkeit", heißt es in dem 86-Seiten-Programm.

Ganz konkret fordert der Arbeitskreis von Fahrzeugherstellern, das Drei-Liter-Auto endlich zur Marktreife zu bringen und bis 2020 den Flottenverbrauch auf 3,5 Liter auf 100 Kilometer zu halbieren. Kritisch begegnet der Arbeitskreis auch der Bio- und Gentechnik: Zwar erkennt er sie als chancenreiche "Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts" an, stellt sie aber unter das "Primat der Ethik". Risikobewertung heißt auch hier das Schlagwort. "Damit nicht genug. „Die Wirtschaft müsse an ethische Normen gebunden bleiben, der Staat müsse über die Einhaltung wachen. Und es wird eingeräumt: "Die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Praxis an Produktionsweisen der Industrie war ein grundsätzlicher Systemfehler." Und überdies plädiert die CSU für eine „ansteigende Energiesteuer auf Kohlendioxid“.

Ob Horst Seehofer und Markus Söder dieses Programm kennen? Eigentlich müsste es ihnen bekannt sein. Es stammt aus dem Jahr 2001 und

ist heute aktueller denn je.

Wäre es damals nicht in der Schublade verschwunden, wäre die CSU heute die modernste Volkspartei Deutschlands – und die grünste überdies. Stattdessen ist sie Partei der Autokonzerne und der Agrarindustrie, der Klimagefährder und der Atomenergie.

Die Zeitung „Welt“ hat über das revolutionäre CSU-Umweltprogramm am 15.3.2001 unter dem Titel „CSU will Energiesteuer auf Kohlendioxid“ ausführlich berichtet. Geholfen hat es nicht.

Vergleicht man die klima- und umweltpolitischen der CSU von 2001 mit dem 10-Punkte-Programm der bayerischen Grünen von 2018, gibt es viele Schnittmengen. Und auch die sozialen Themen stünden der CSU gut zu Gesicht. Die CSU-Anhänger sollten sich die erfolgreichen 10 Punkte der Grünen wieder anschauen:

Artenschutz, Gleichberechtigung, Naturschutz (Betonflut eindämmen), Wohnen und Pflege (Soziale Sicherheit stärken und Wertschätzung geben), Europa (Bayerns Zukunft ist ein starkes Europa), Sicherheit (Frei und sicher in Bayern leben), Klimaschutz (... müssen endlich Taten folgen), Bildung (...ist der Schlüssel zum Leben), Integration und Mobil sein in Bayern. Es geht dabei um Höchstgrenzen für den Flächenverbrauch, damit „Bayern Heimat bleibt und nicht zubetoniert oder zersiedelt wird“, um Ortskerne, um die Reduzie-



rung der Ackergifte, um eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt, um bezahlbare Sozialwohnungen, um Sicherheitspolitik, die Bedrohungen ernst nimmt aber mit Augenmaß reagiert und die Bürgerrechte schützt und um eine Mobilitätsgarantie im Flächenland Bayern mit kostenlosen Bustickets für Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende.

Das ist alles kein Teufelswerk, sondern im Sinne der Schöpfungsbewahrung christlich.

Aber nicht einmal nach den hohen Stimmverlusten bei der Landtagswahl waren die Protagonisten an der Spitze der CSU bereit, sich auf das Wagnis einer neuen Öko-Partnerschaft einzulassen, die in Zeiten des Klimawandels so wichtig geworden ist. Die Wählerinnen und Wähler haben die Chancen erkannt und in Scharen grün gewählt.

Die CSU-Granden aber wollen nicht verstehen, was doch offensichtlich ist.

## Demut vor der Schöpfung

Markus Söder hat am Wahlabend mehrfach von Demut gesprochen. Glaubhaft wirkte das nicht. Es waren Aufsager fürs Fernsehen, auswendig gelernt und schauspielerisch vorgetragen.

Der Stadtpfarrer und Stiftsprobst von Altötting, Günther Mandl, hat große Zweifel an der Wahrhaftigkeit dieser medialen Demutsbezeugungen Söders. „Es geht dem 70-Jährigen in all seinem Tun noch immer darum, die Liebe von und für Christus in den Menschen zu entzünden“, schrieb die Lokalzeitung 2016. Und ausgerechnet dieser Wallfahrts-Stadtpfarrer Mandl, dem Horst Seehofer 2015 noch Unterstützung beim Thema Kirchenasyl zugesagt hatte, wurde 2018 von der bayerischen Justiz verfolgt, weil er zusammen mit Pater Norbert Schlenker, dem Oberen der Kapuzinerklöster St. Konrad und St. Magdalena, Flüchtlingen Kirchenasyl gewährt hat. Die bayerische Justiz, in vorseilendem Gehorsam zur radikalen Seehoferschen Abschottungspolitik wirft den Geistlichen „Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt“ vor. Dabei erklärten die freundlichen Geistlichen, sie hätten sich stets an die Vorgaben gehalten, die aus einer Übereinkunft der Kirche mit

dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) resultierten.

Kurz vor der Landtagswahl hat die Justiz dann eingelenkt, das Verfahren gegen die Priester eingestellt und festgestellt, dass die Geistlichen völlig unschuldig waren. So ist den Herren Mandl und Schlenker dank der Hilfe des Höchsten kein Unrecht geschehen.

Was die Geschichte allerdings zeigt, ist die Vermutung, dass man sich auf ein Wort des Herrn Seehofer nicht verlassen kann. Und den Herr Söder hat Mandl ohnehin schon länger im Visier, seit er zur Kreuzpflicht aufgerufen hat. Ja, es ist ein Kreuz mit dem Kreuz im Lande Söders und Seehofers, es ist ein Kreuz mit der Scheinheiligkeit der diverser Säulenheiliger, es ist ein Kreuz mit dem Kreuz de Doppelmoral. Aber das ist wieder eine andere Geschichte, ein zu weites Feld.

Wer wirklich demütig ist, wie Söder dies angekündigt hat, hat nicht nur Demut vor der Schöpfung, sondern auch vor Menschen, die sich um andere Menschen kümmern.

Dieses Gespür scheint den CSU-Granden ziemlich abhanden gekommen zu sein.

Dabei wissen sie doch, wie es geht. So schrieb Andreas Lenz, der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung schon 2017, man wolle „mit nachhalti-

ger Politik unsere Schöpfung bewahren“, weil „Nachhaltigkeit ein originär christlich-soziales Thema“ sei. Er fügte hinzu: „Besonders wichtig ist für mich, dass wir dabei auf eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit setzen, so dass Nachhaltigkeit nicht nur ein Thema der Experten ist, sondern auch die Köpfe und Herzen der Menschen erreicht.“

Die Köpfe der CSU-Strategen haben diese Worte vermutlich nie erreicht.

## Das Kreuz ist kein politisches Marketinginstrument

Zu den ärgerlichsten Fehlleistungen der bayerischen Vorwahl-Ereignisse gehörte Söders Kreuzzug für den öffentlichen Kreuzzwang. Es war ein Erlass der Provokation – und eine Anmaßung, und als solche hat auch Kardinal Marx die Kreuzpflicht für Behörden gesehen. Im Interview mit der Süddeutschen Zeitung kritisierte Marx Söder scharf.

In einem geradezu aberwitzigen und böartigen Kommentar erklärte CSU-Generalsekretär Markus Blume die Kritiker des Beschlusses „zu einer unheiligen Allianz von Religionsfeinden und Selbstverleugnern“. So reden Machthaber in Diktaturen, die sich kultureller und religiöser Symbole bemächtigen und damit Politik machen.

Christen und Demokraten fanden diese Anweisungen und die CSU-Kommentare empörend und dreist. Die Grünen haben der CSU Populismus und Verfassungsfeindlichkeit vorgeworfen.

Den besten Kommentar gab Kardinal Marx ab.

„Das Kreuz könne man nicht haben ohne den Mann, der daran gegangen hat, sagte Kardinal Reinhard Marx: "Es ist ein Zeichen des Wider-

spruchs gegen Gewalt, Ungerechtigkeit, Sünde und Tod, aber kein Zeichen gegen andere Menschen. Ein Kreuz aufhängen heißt: Ich möchte mich an den Worten dessen orientieren, der am Kreuz für die ganze Welt gestorben ist. Das ist eine Provokation, für jeden Christen, für die Kirche, aber auch für den Staat, der sich auf dieses Zeichen beziehen will", so der Kardinal weiter. "Man könne sehr wohl über das Kreuz debattieren – und über die Frage, was es heißt in einem christlich geprägten Land zu leben. „Der Staat müsse dafür sorgen, dass sich religiöse Überzeugungen artikulieren können. Aber er könne nicht bestimmen, was der Inhalt dieser religiösen Überzeugung ist.“ (SZ vom 29.4.2018)

Söders Kreuzzug wurde nicht nur von in der CSU eher weniger beliebten Kardinal Marx kritisiert. Bischof Franz Jung erklärte: „Das Kreuz ist ein genuin religiöses Zeichen und darf nicht auf bayerische Folklore und heimatliches Brauchtum reduziert werden.“

Margot Käßmann schrieb dem evangelischen Christen Söder ins Stammbuch, das Kreuz sei gerade kein Zeichen von Macht, Herrschaft und Durchsetzungsvermögen“. Damit argumentierte sie ähnlich wie Marx. Das Kreuz sei ein Zeichen von „Ohnmacht, Leid und dem Schrei nach Barmherzigkeit“.

Der katholische Theologe Hans-Joachim San-

der warf Söder vor, das Kreuz einerseits für eine persönliche Machtdemonstration missbraucht zu haben, als er sich vor die Kameras gestellt, das Kreuz theatralisch aufgehängt und der Öffentlichkeit erklärt habe, wie es zu verstehen sei. Gleichzeitig habe er mit dieser Machtdemonstration des Kreuzes andere Religionsgemeinschaften und deren Gläubige, aber auch Nicht-Gläubige an den Rand gedrängt.

Das waren durchweg heftige negative Reaktionen, die die Repräsentanten stellvertretend für viele katholische und evangelische Christen äußerten. Das Kreuz ist kein Marketinginstrument und schon gar kein parteipolitischer Markenartikel. Aktive Christen, die Wert auf Religions- und Glaubensfreiheit legen, wehrten sich in der Folge der CSU-Entscheidung entschieden gegen die Übergriffigkeit der bayerischen Staatsregierung auf die Glaubens-Ansichten seiner Bürgerinnen und Bürger.

Es war tatsächlich ein derart primitiver politischer Schachzug Söders, dass man sich nicht wundern darf, wenn auch engagierte Katholiken sich angesichts solcher Kapriolen empört abwenden von der CSU. Ja, da war schon viel hausgemacht an der Niederlage der CSU.

## Säkularisierung

Säkularisierung macht nicht nur den Kirchen zu schaffen, sondern auch den C-Parteien. Aber liegt es nicht auch an mangelnder Glaubwürdigkeit der wichtigsten Repräsentanten, dass sich die einst kirchen- und C-Gläubigen enttäuscht abwenden?

Die Kirche hat ihre Unschuld verloren. Der Skandal der tausendfachen Missbrauchsfälle hat die verlogene Moral organisierter Kleriker offengelegt. Das hat zu einem bis heute kaum diskutierten Vertrauensverlust der Kirchen geführt.

Aber auch die Scheinheiligkeit der alten politischen Moralprediger ist längst entlarvt. Franz-Josef Strauß war ein Musterbeispiel für einen moralinsauren Konservatismus, der von Scheinheiligkeit nur so triefte.

Es ist eine verlogene 50er-Jahre-Moral, denen noch heute konservative Kreise nachtrauern. Nichts macht ihn heute noch attraktiv. Dass man auf Säkularisierung mit attraktiven Angeboten antworten kann, steht außer Frage.

Das hängt immer von Personen ab, die Humanität und christliche Werte glaubwürdig vertre-



ten – mit allen Fehlern, die auch Christen haben dürfen. Denn kein Mensch ist vollkommen.

Dass aber die christlichen Kirchen Reservoir für christliche Parteien seien, davon kann man sich verabschieden. Die Gleichung geht schon lange nicht mehr auf.

## Die Alten melden sich zu Wort

Mit Theo Waigel, Alois Glück und der bisherigen Landtagspräsidentin Barbara Stamm haben sich drei erfahrene CSU-Politiker nach der Wahl zu Wort gemeldet, die insbesondere von CSU-Chef Horst Seehofer Konsequenzen erwarten.

In einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung machte Waigel zunächst klar, dass er selbst mehrmals als großer Vermittler aktiv war, etwa nach dem Kreuther Trennungsbeschluss der CSU und bei der Kontroverse zwischen Franz Josef Strauß und Helmut Kohl, um hinzuzufügen: „1998 habe ich bei einem Bundestagswahl-Ergebnis von über 47 Prozent Verantwortung übernommen, Konsequenzen gezogen und den Stuhl des Parteivorsitzenden freigemacht.“

Die sind bei Seehofer und Markus Söder nicht zu erkennen. Waigel ist damit nicht zufrieden: „Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein. Wir müssen uns die Frage stellen, wo liegen die Gründe für dieses Ergebnis und wo liegen die Fehler, die gemacht wurden. Jeder muss sich die Frage stellen, was hat der CSU genützt und was hat ihr geschadet.“

Das Ergebnis ist für Waigel „indiskutabel niedrig“. Er will sich nicht mit Ausreden abspeisen lassen. „Verantwortung und Konsequenzen sind erforderlich: inhaltlich, strategisch und personell.“ Waigel erinnert daran, dass die Krise der CSU lange vor 2018 begonnen habe. So habe die Partei schon bei der Europawahl 2014 nur 40 Prozent erreicht und überproportional stärker verloren. Damals sei die Doppelstrategie mit Peter Gauweiler als Europa-Skeptiker und Manfred Weber und Markus Ferber als Europa-Befürworter nicht aufgegangen. Bei der Bundestagswahl 2017 habe es erneut eine Schlappe gegeben. „Dazu hat die Anti-Merkel-Stimmung in der Partei und die Forderung maßgeblicher CSU-Leute "Merkel muss weg" beigetragen. Man kann in einer gemeinsamen Regierung mit einer gemeinsamen Kanzlerin nicht gleichzeitig drinnen und draußen sein.“

Noch heftiger geht Waigel mit dem Lieblingsthema der Krawallbrüder Seehofer, Söder und Dobrindt ins Gericht: „Die Wiederbelebung der Flüchtlingsdebatte hat uns nichts genützt. Wir haben die eigenen Erfolge im nationalen und europäischen Bereich kleingeredet. Das Krisenmanagement und die Begleitumstände dieser Diskussion haben viele abgestoßen.“

Ebenso klar ist seine Analyse zu Maaßen: „Mag sein, dass der bisherige Präsident des Verfassungsschutzamtes, Herr Maaßen, ein vorzüglicher Beamter ist. Die Aufgabe eines Geheim-

dienstchefs ist es allerdings, zu informieren und sonst sein Maul zu halten.“

Es bleibt dem CSU-Ehrenvorsitzenden Edmund Stoiber vorbehalten, auch die „Zugeroasteten“ aus dem übrigen Bundesgebiet zu Sündenböcken zu machen, eine geradezu absurde Diskussion.

„In den vergangenen Jahren hat es aufgrund unseres wirtschaftlichen Erfolgs eine einzigartige Wanderungsbewegung nach Bayern gegeben“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Aus allen Teilen Deutschlands sind in den letzten zehn Jahren mehr als eine Million Menschen zu uns kommen. Und nicht jeder von ihnen kann wissen, welchen großen Anteil die CSU am Erfolg Bayerns hat.“ Was an dieser Aussage überrascht, ist allenfalls die Stoibersche Hybris im Stile des hoenessschen „mia san mia“. Das zieht nicht mehr, und das sieht auch Theo Waigel so. Im SZ-Gastbeitrag schrieb Waigel:

„Es ist im Übrigen eine Fehleinschätzung zu glauben, der Zuzug von Menschen außerhalb Bayerns nach Bayern habe die CSU geschwächt. Wir haben einen solchen Zuzug auch in den Achtziger-, Neunzigerjahren und danach gehabt und waren in der Lage, diese Menschen zu integrieren und zu CSU-Wählern zu machen. Nachgelassen hat allerdings die Integrationsfähigkeit der CSU in diesem Bereich. Im Übrigen kenne ich viele Mitbürger aus meinem persönlichen und beruflichen

Umfeld, die in Bayern geboren sind und trotzdem diesmal erhebliche Vorbehalte gegenüber der CSU hatten.“

Geradezu „fassungslos“ (SZ) blickt der frühere CSU-Fraktionschef Alois Glück auf die Entwicklung seiner Partei. In einem Brandbrief an Funktionäre der CSU schreibt der hoch geachtete Sozialpolitiker und ehemalige Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken:

Indem um jeden Preis eine „Asylwende“ von der CSU gefordert werde, werde eine „Dynamik des Konflikts zwischen den Unionsparteien und mit der Bundeskanzlerin geschürt, den bald niemand mehr beherrschen kann“. Glück kritisiert Söder heftig für seine nationalbetonte Politik, die dazu dienen soll, der AfD Wähler abzujagen. für seine Betonung des Nationalstaats. „Ohne die Namen Trump und Putin zu nennen, stellt Glück den Ministerpräsidenten mit ihnen in eine Reihe: ‚Es bedarf hier keines besonderen Hinweises, welche Akteure in der internationalen Politik diese Linie vertreten und wie sehr wir uns bisher dagegen gestellt haben.‘ Söders Linie sei eine Absage an die in diesen Zeiten mehr denn je wichtige Kursbestimmung von Franz Josef Strauß: "Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.“ (Süddeutsche Zeitung vom 22. Juni 2018)

Söder, Seehofer, Dobrindt und Kreuzer ließen

sich aber weder von Bischoöfen noch vom Grandseigneur Glück noch vom Elder Statesman Theo Waigel einbremsen. Auch die bisherige Landtagspräsidentin Barbara Stamm fand kein Gehör:

Die CSU habe das Thema Asyl und Flüchtlinge überhöht, sagte die Stamm dem Bayerischen Rundfunk (BR). Damit habe die CSU dazu beigetragen, dass die Ängste der Menschen nicht abgebaut worden seien. Jetzt müsse sich die Partei wieder stärker um die politische Mitte kümmern. Außerdem kritisierte sie die mangelnde Repräsentanz der Frauen.

Auch diese Kritik sollte der CSU zu denken geben.

## **Wer gegen das Volk regiert, darf sich über Protestwahlen nicht beschweren**

Wer gegen die Bevölkerung regiert, darf sich über Protestwahlen nicht wundern und schon gar nicht beschweren.

Dass die Bundeskanzlerin ihre Richtlinienkompetenz nicht genutzt hat und sich seit 2015 von Horst Seehofer und rechten Kritikern innerhalb der CDU auf der Nase herumtanzen lässt, darf bei dieser Analyse auch nicht außer Acht gelassen werden.

Leader müssen Entscheidungen treffen, notfalls auch unangenehme Personalentscheidungen. Stattdessen hat Angela Merkel sich auf dem CSU-Parteitag im November 2015 auf offener Bühne von Rüpel Seehofer düpieren und demütigen lassen. Das hätte sie sich als deutsche Regierungschefin niemals bieten lassen dürfen. Es war ein Affront ohnegleichen. Aber es war eben auch ein erstes Zeichen der Schwäche. „Sie hat sich durchgesetzt gegen all die Männer, die meinte, es bes-

ser zu können“, kommentierte Severin Weiland im Spiegel. „Warum lässt sie sich da die Demütigung von CSU-Chef Seehofer gefallen?“

Die vermutete Rache blieb aus.

Aufarbeitung ist notwendig. Jetzt, nicht später.

Das gilt in besonderem Maße für die SPD, doch von ihr soll hier nicht die Rede sein.

Unser Thema ist die Union.

Die „Politik der Merkelschen Unschärfe“ (Spiegel) ist an ihre Grenzen gelangt. Neue Zeiten erfordern neue Strategien – und manchmal eben auch neues Personal.

Der Diskussion muss sich die CDU stellen, ob sie will oder nicht. Noch versuchen die Beteiligten den Schulterchluss, um 2018 zu retten, was noch zu retten ist. Denn Streit führt immer zu desaströsen Ergebnissen. Aber die Uhr kann niemand zurückdrehen, die Katastrophen sind passiert, Horst Seehofer hatte Narrenfreiheit. Nun rächt sich, dass niemand den Mut hatte, den Mund aufzumachen.

Man hätte den großen bayerischen Egomanen einbremsen müssen.

Und man hätte auch die Causa Maaßen – das war die Angelegenheit mit dem illoyalen Geheimdienst-Chef Maaßen, der merkwürdige Affinitäten zu rechten Meinungen zeigte – nicht mit einem



Kuhhandel beenden dürfen. Auch hier hätte Seehofer nachgeben müssen.

Dies nicht eingefordert zu haben, ist ein Versäumnis der Bundeskanzlerin und Zeichen von Führungsschwäche. Die aber kann sich die Bundesrepublik Deutschland nicht erlauben.

In der Unionsfraktion im Bundestag hat die Rebellion schon begonnen – später sind alle über den Erfolg erschrocken. Die Abwahl Volker Kauders als CDU/CSU-Fraktionschef am 26. September 2018 gilt als Menetekel. Merkels treuer Paladin verlor gegen den weithin unbekanntem Fraktionsvize Ralph Brinkhaus. Obwohl sie selbst eindeutig für Kauder interveniert hat und erklärte, sie brauche ihn, ist die Fraktion ihr nicht gefolgt. Von einem „normalen“ demokratischen Vorgang kann nur auf den ersten Blick die Rede sein.

Wahlen unter mehreren Bewerbern gehören zweifellos zum Kern der Demokratie. Wenn sich aber der Chef der größten Regierungspartei und Merkel-Getreue mitten in der Legislaturperiode in schwieriger politischer Zeit einer Kampfabstimmung stellen muss und gegen einen weitgehend unbekanntem Fraktionsvize verliert, ist dies eine Zäsur. Danach kann eine Partei nicht einfach zu Business as usual zurückkehren. Das hat sie viel zu lange praktiziert. Millionen Menschen erwarten neue Antworten auf neue und alte Fragen.

Dass die Berliner Morgenpost von einem „po-

litischen Erdbeben“ sprach, war vielleicht etwas überzogen. Aber eine Revolte war es schon. Man hatte mit einem achtbaren Ergebnis für Brinkhaus gerechnet, aber nicht mit dem Abschuss Kauders. Brinkhaus, der alles andere als ein Rebell ist, erhielt 125 Stimmen, Kauder 112, es gab zwei Enthaltungen. „Es war 16.48 Uhr, als die SMS aus dem Sitzungssaal nach draußen drangen. Viele trauten ihren Displays nicht. Und auch im Saal herrschte eine "gewisse Sprachlosigkeit" als das Ergebnis verkündet wurde, so beschreiben es Teilnehmer.“ (Berliner Morgenpost v. 26.9.2018)

Es war ein Denkmahl für Merkel und ein Beleg für die Erosion ihrer Macht. Andererseits: Es war ein guter demokratischer Vorgang. Das Parlament hat entdeckt, wofür es da ist: Sein Auftrag ist Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung.

Jetzt ist alles offen. Wir leben in spannenden Zeiten.

## Kein Weiter so

Nein, ein „Weiter so“ kann es nicht geben, darin sind sich erfreulicherweise alle politischen Beobachter einig.

Zunächst sollte der Hauptverantwortliche des Desasters seinen Hut nehmen. Das ist der CSU-Vorsitzende, Bundesinnenminister Horst Seehofer.

Aber auch Angela Merkel ist unter Druck.

In der CDU wächst die Bereitschaft, die Chefin abzulösen. Es heißt, sie liefere keine Ideen mehr. Sie wirke ratlos und uninspiriert. Sich wegzuducken, funktioniere nicht mehr.

Merkel hat tatsächlich Probleme: Sie erklärt nicht, sie mobilisiert nicht mehr, sie kommuniziert nicht ausreichend, sie führt nicht. Auf die entscheidenden Zukunftsfragen gibt es von Angela Merkel keine befriedigenden oder gar keine Antworten. Deshalb ist Druck im Kessel. Auch einstige Unterstützer fühlen sich von ihr im Stich gelassen.

Und so wird längst nicht mehr nur in Springer-Medien der Abgesang auf Merkel gesungen.

Quer durch die Republik werden Fragen gestellt, wird Kritik geäußert, beschwören Medien die Kanzlerinnendämmerung.

Im Dämmerlicht der Kanzlerschaft

Merkel in Not

Wohin mit Merkel?

Wie sich die CDU jetzt verhalten muss, um Merkel zu stürzen

Weg mit Schaden

Muss sie weg?

Merkel im Herbst

Erschöpfte Kanzlerin

Dem längst abgewirtschafteten Cicero, der sich zu einem rechten Propaganda-Organ entwickelt hat, bleibt es vorbehalten, dem „Höllенritt“ und „Merkels letztem Weg“ zu schreiben.

Ungewöhnlich war allerdings, dass bereits einen Tag vor der bayerischen Landtagswahl Wolfgang Schäuble über Merkels möglichen Abgang unkte und zwei Tage später sein Schwiegersohn die Autorität der Kanzlerin unterlief.

Die Kritiker sagen, vielleicht wäre es tatsächlich besser für die CDU, wenn die Vorsitzende sagen würde: Es reicht jetzt. Ich habe dem Land lange genug gedient.

Vielleicht würde es die CDU aber auch in eine

Führungskrise stürzen, aus der sie nicht mehr herausfindet. Wir wissen es nicht. Alles ist möglich.

## Die Katastrophen-SPD

Geradezu katastrophal aber ist die Lage der SPD. Dass die einstige Volkspartei in Nürnberg-West 3,9% erzielte, in Straubing 4,6% der Stimmen erhielt, dass sie in Bamberg, Augsburg, Kempten, Kaufbeuren um die fünf bis sechs Prozent erreichte, dass sie landesweit halbiert wurde und bei 9,7% landete, ist ein Debakel, ist ein Desaster, ist „schlimmer, schlimmer, am schlimmsten“ (SZ)

Am meisten verloren die Sozialdemokraten in Mittelfranken und Oberbayern, in Niederbayern stehen sie dort, wo die FDP seit langem um die 5-Prozent-Hürde kämpfte. Jetzt sind SPD und FDP Leidensgenossen unter den Kleinparteien.

Nur bei den über 60jährigen kann die SPD noch halbwegs verlässlich Stimmen einfahren. Aber diese Erfolge sind schon aus demografischen Gründen endlich. Für die Zukunft verheißt dies nichts Gutes, wenn nicht noch ein Wunder geschieht. Von einer Volkspartei kann in Bayern keine Rede mehr sein. Als Nummer fünf hinter CSU, Grünen. Freien Wählern und AfD ist die SPD nur noch eine kleine Mittelpartei mit weiter abnehmender Bedeutung. Diese Wahl war ein Total-schaden für die Sozialdemokraten. Es geht ums

pure Überleben. Nicht nur die „Süddeutsche“ fragt, „wozu man sie grundsätzlich noch brauchen soll“.

Die Spitzenkandidatin Natascha Kohnen machte am Wahlabend verständlicherweise einen deprimierten Eindruck. Das überrascht angesichts des katastrophalen Ergebnisses niemanden.

Überraschender war eher, wie Andrea Nahles als SPD-Chefin in Berlin auftrat. Das war hart am Rande der Auskunftsverweigerung.

Und so wundert sich niemand, dass bei den Sozialdemokraten die Lust groß ist, die verhasste Große Koalition zu verlassen. Doch was wäre die Folge?

Regeneration?

Oder weiterer Bedeutungsverlust?

So lange nicht klar ist, was die SPD im 21. Jahrhundert will, ist diese Prognose nicht zu stellen. Man weiß es einfach nicht.

Man könnte alles auf Seehofer schieben, aber im Fall der SPD funktioniert diese Schuldzuweisung nicht.

Horst Seehofer ist sicher für eine schlechte Performance der Großen Koalition verantwortlich. Er hat auch den irrwitzigen „Maaßen-Kompromiss“ verursacht, dem Merkel und Nahles um des lieben Friedens willen zugestimmt hatten.

Der aber wurde von der Bevölkerung geradezu verrissen, weil niemand versteht, dass man für Illoyalität und Fehler auch noch befördert wird und über 30.000 Euro mehr Geld bekommt. Dem zugestimmt zu haben, war eine politische Torheit.

Die SPD hat in Bayern ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielt und auch das schlechteste Ergebnis, das die Sozialdemokraten jemals in einem westdeutschen Flächenland eingefahren haben. Es ist eine vollkommene Katastrophe.

Ob sie sich auf absehbare Zeit davon erholen kann, lässt sich derzeit nicht sagen. Ein Wunderheiler ist derzeit nicht in Sicht.

Was die SPD braucht, ist eine radikale Überprüfung ihrer Strategie, ihrer Taktik, ihrer Bündnisse. Derzeit blickt sie in den Abgrund.

Ein Weiter-so gibt es nicht.

Aber die Spitzenkandidatin Natascha Kohnen macht vorerst weiter und übt kaum Selbstkritik. Der fällig Rücktritt hätte sofort erfolgen müssen, blieb aber aus.



## 30 Thesen

1. Die Wahl in Bayern war eine Zäsur für die Bundespolitik – vor allem wegen der Pulverisierung der SPD. Sie hat Schockwellen ausgelöst, die auch die CSU und die CDU hart getroffen haben.

2. Die Wählerinnen und Wähler wollen ernst genommen werden. Sie haben Schlammschlachten und Bierzelt-Krawallos satt.

3. Die Grobianisierung der Politik, die die CSU über Jahre maßgeblich betrieben hat, hat der politischen Kultur im Land massiv geschadet. Diese Grobianisierung hat den braunblauen Rechtsaußen der deutschen Politik in die Hände gearbeitet.

4. Überheblichkeit bis zum Größenwahn, Ignoranz, Publikumsbeschimpfung und Missachtung von Kritik und Kritikern haben den Stil der CSU-Wahlkämpfer geprägt. Fataler noch war die völlig falsche Themenwahl, fataler auch der Stil der Auseinandersetzung, die teilweise auf niedrigstem Niveau stattfand. Das passt nicht mehr in die Zeit.

5. Seehofer, Söder und Co. waren nicht kritikfähig. Bis heute sind sie beratungsresistent. Offensichtlich fehlt es einigen der Protagonisten an

emotionaler, situativer, sozialer und strategischer Intelligenz. Hauptverantwortlicher aber ist Horst Seehofer. Er kann sich der Verantwortung nicht entziehen.

6. Die Taktik der CSU, mit rechten Themen der AfD das Wasser abzugraben, ist gescheitert. In der Mitte gingen in erheblichem Ausmaß bisherige Wähler verloren an Grüne und Freie Wähler, rechts wanderten sie zu AfD.

7. Die CSU-Herrenriege hat sich verkalkuliert. Sie hat die Zeichen der Zeit verkannt, die Signale aus dem Land falsch gedeutet und vor allem die längst stark differenzierte Milieu-Landschaft, die es auch in Bayern gibt, missachtet. „Mia san mia“ ist keine Klammer mehr. Wählerinnen und Wähler sind Individuen, die entsprechend behandelt werden wollen.

8. Auffällig ist die Dominanz autoritärer Führungsstile von Führungskräften, die einander gegenseitig bekämpfen. Klare Entscheidungen sind die Ausnahme. Stattdessen blockieren sich insbesondere die Herren Horst Seehofer und Markus Söder gegenseitig. Der Führungsstil ist nicht sachorientiert, sondern macht- und personenzentriert. Das führt zu Frustrationen und Demotivation im Umfeld, die falsch adressierten politischen Kunden wenden sich ab.

9. Politische Führung findet nicht auf Augenhöhe statt, formale Macht tritt in den Vordergrund,

damit verengt sich das Handlungs- und Blickfeld auf die Sichtweisen der beiden Führungskräfte Seehofer und Söder, deren Kommunikationsverhalten extrem kritikwürdig ist.

10. Die CSU hat die Frauen nicht mehr in dem Maße erreicht wie in der Vergangenheit. Frauen fühlen sich einerseits nicht ausreichend repräsentiert in der CSU, andererseits finden sie auch ihre Themen nicht mehr wieder bei den Alphanurten der Partei. Es fehlen Vertrauen und Identifikation. Seehofer und Söder haben die Frauen verloren.

11. Seehofer selbst hat bis heute ein tief sitzendes Problem mit „dieser Frau“, die das Land regiert und die ihm angeblich das Amt verdankt. Sein Merkel-Trauma ist irrational und verstellt ihm den Blick auf die Realitäten.

12. Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zu desavouieren und zu brüskieren, wie die CSU dies praktiziert hat, zeugt von Respektlosigkeit und Ignoranz, nicht von Dominanz.

13. Die Flüchtlingskrise war nicht die „Mutter aller Probleme“. Horst Seehofer hat sie erst dazu gemacht.

14. Die Welt ist kein Bierzelt.

15. Schlammschlachten lieben nur die, die selbst mittendrin im Dreck stecken und den Gegner oder der Kontrahentin lustvoll mit Schmutz bewerfen können – psychologisch nach Freud ein sehr in-

fantiles Gebaren.

16. Mia san mia ist keine Losung für die Republik.

17. Was einst ein Identitätsvorsprung war, ist jetzt ein strategischer Nachteil. Dazu gehört die leicht größenwahngeneigte Vorstellung, am Oktoberfestwesen solle zumindest die Union, wenn nicht die ganze Republik genesen.

18. Franz-Josef Strauß ist tot. Es gibt aber keinen Grund, ihn in den Himmel zu heben.

19. Die Bürger haben Zukunftsängste, die Lage ist zu ernst, um mit rustikaler Dreckschleuderei und Marketingmäzchen Wahlen zu gewinnen. Die Menschen wollen in ernstesten Zeiten ernsthafte Antworten – und ein Gefühl, ernst genommen zu werden. Dazu gehört, dass die Kandidaten ein Mindestmaß an emotionaler Intelligenz beweisen, an Achtsamkeit und Einfühlsamkeit.

20. Eine permanente Hysterisierung führt nur zu einer Mobilisierung der ohnehin Ängstlichen, mit denen keine Schlacht zu gewinnen ist. Sie lähmt und führt zu Blickverengungen und Panikreflexen.

21. Zuspitzung ist Teil des Meinungskampfes, Meinungskampf ist fundamentaler Teil der Demokratie. Aber entscheidend ist immer die politische Kultur. Die CSU-Granden aber waren Repräsentanten einer politischen Unkultur.

22. Seehofer war kein „Einzeltäter“. Er trägt nicht die alleinige Verantwortung. Die gesamte CSU-

Spitze wollte die ultimative Konfrontation mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, ihrem Politikstil, ihrer Flüchtlingspolitik, ihrer ganzen Politik. Man wollte sie stürzen und nahm dabei Kollateralschäden in Kauf.

23. Söder hat mit inakzeptablen Begriffen aus dem Wörterbuch der Rechtsaußen wie „Asyltourismus“ Öl ins Feuer gegossen, Seehofer mit seinem Satz von der „Herrschaft des Unrechts“ die Lunte an die Fundamente des Rechtsstaats gelegt. Aus staatspolitischer Sicht war dies verantwortungslos.

24. Den billigen Unterbietungswettbewerb mit den Rechtspopulisten der AfD konnten Seehofer und Söder nicht gewinnen.

25. Rache ist ein schlechter Ratgeber. Sie verengt den Blick und verblendet.

26. Umwelt und Klimaschutz sind zu Schlüsselthemen der Politik geworden: Die Menschen wollen Antworten auf drängende Fragen zur Zukunft der Heimat, des Landes, der Welt. Es geht um die Lebensgrundlagen der Menschen, um die Schöpfung, um Gesundheit und Zukunft.

27. Die Grünen aber haben das Schlüsselthema Umwelt und Klimaschutz, das viele Menschen bewegt, glaubwürdig und offensiv vertreten. In einem 10-Punkte-Programm haben sie Themen gesetzt, die Menschen bewegen.

28. Man muss sich den Themen stellen, die die Menschen bewegen. Artenschutz, Gleichberechtigung, Naturschutz (Betonflut eindämmen), Wohnen und Pflege (Soziale Sicherheit stärken und Wertschätzung geben), Europa (Bayerns Zukunft ist ein starkes Europa), Sicherheit (Frei und sicher in Bayern leben), Klimaschutz (... müssen endlich Taten folgen), Bildung (...ist der Schlüssel zum Leben), Integration und Mobil sein in Bayern.

29. Die Große Koalition in Berlin leidet an Schwindsucht und Vertrauensverlust, die Bürger sehnen sich nach Erneuerung. Angela Merkel hat derzeit anscheinend keine Idee, keine Botschaft, keine Visionen für Deutschlands Zukunft in Europa. Dabei wäre gerade jetzt Führung gefragt. Schon die Jamaika-Sondierungen waren ein Desaster, an dem sie selbst beträchtliche Schuld trug. Sie duckte sich weg und sie entzieht sich noch immer der Diskussion.

30. Für die Große Koalition ist das Ergebnis der Bayernwahl ein einziges Desaster. Zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler sind unzufrieden mit der Bundespolitik. Jetzt sind Konsequenzen notwendig. Angela Merkel muss unverzüglich ihre Nachfolge regeln.



# Offen sein

Ich habe dieses kleine Buch in einer knappen Woche in den Abend- und Nachtstunden geschrieben. Das war ein Parforceritt. Niemand hat mich zu diesem Kraftakt gezwungen.

Es war meine ganz persönliche Entscheidung, zu analysieren und zu publizieren.

Ich musste dieses Buch schreiben..

Nach all den negativen Erfahrungen mit der CSU in den Jahren seit 2015 war es an der Zeit, offen zu sagen, was Sache ist.

Wer 22 Jahre Bürgermeister ist, dreimal direkt von der Bevölkerung gewählt wurde und keine Ambitionen auf höhere Ämter hat, kann frei und ohne falsche Rücksichtnahme analysieren und kritisieren. Das vermisse ich in der CDU: dies Freiheit, frei zu sein und frei zu reden.

Man nennt mich zuweilen „enfant terrible“, aber so schrecklich bin ich im wirklichen Leben nicht.

Ich liebe es, mitten unter den Leuten zu sein. Im Schwimmbad, bei Volkswanderungen, beim Walken und Laufen, bei Turnfesten im improvisierten Turnsaal-Schlafsaal, als Gratulant bei Goldenen Hochzeiten, als Schirmherr für kleine und große



Events. Aber ich bin auch Jazzfan, Klassikfreund, literatur-, theater- und ballettbegeistert. Ich liebe es, Brautpaare zu trauen, dabei Gedichte zu lesen und zart zu pianieren. Weil es dabei immer um Menschen geht, die mir ihre Geschichte erzählen, bevor sie Ja sagen zueinander, lerne ich viel über die Menschen. Alle diese Menschen habe ihre je eigene Welt, ihre je eigene Geschichte.

Dabei bin ich immer neugierig und aufgeschlossen. Mit diesen Erfahrungen, mit meinem Wissen als Bürgermeister, als Wissenschaftler, als Journalist, als Kreativer habe ich meine subjektive Sicht der Dinge niedergeschrieben.

Die kann richtig oder falsch sein.

In jedem Fall ist sie offen und ungeschminkt.

Dies kann nur eine erste Analyse sein.

Weitere werden folgen.

## Der Autor

Armin König, geb. 1957, ist seit 1996 hauptamtlicher Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Illingen. Der Verwaltungswissenschaftler wurde 2011 in Speyer promoviert. Er war Redakteur der Saarbrücker Zeitung und des Saarländischen Rundfunks sowie Pressesprecher der CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag. Er hat Bücher zu Demografie und Bürgergemeinde und zum Thema Umweltinformationsfreiheit publiziert.



Armin König ist aktiver Blogger. Seine Kolumnen können Sie auf [www.arminkoenig.de](http://www.arminkoenig.de) und auf [politbuch.wordpress.com](http://politbuch.wordpress.com) lesen. Außerdem finden Sie ihn auf Facebook (Armin König, buchblick-block) und auf Twitter (@illiconvalley)



# BAYERNBEBEN

---

## BIERZELT-KRAWALLOS IN NOT

Ein Bayern-Beben mit großen Auswirkungen auf den Bundestrend und die Bundespolitik, das ist das Ergebnis der Landtagswahl 2018 in Bayern. Die SPD stürzt ab, die CSU verliert drastisch, die Grünen sind Teil der „Neuen Mitte“ geworden und werden für eine werte-gebundene Mittelschicht zur CSU-Alternative. Die Machtkämpfe und Attacken der schlagenden Verbindung Seehofer, Söder und Dobrindt haben Wähler abgeschreckt. Die schweren Verluste einer überheblichen CSU, die die falschen Themen gesetzt hatte, kommen nicht überraschend. Horst Seehofer hat mit seinen irrationalen Attacken nicht nur der Union geschadet, sondern dem ganzen Land.

Armin König ist seit über 40 Jahren intensiver Beobachter und Analytiker des politischen Geschehens. Er war Zeitungsredakteur, Nachrichtenredakteur beim Saarländischen Rundfunk, Luxemburg-Korrespondent. Seit 1996 ist der promovierte Verwaltungswissenschaftler urgewählter Bürgermeister.